

MITTEILUNGSBLATT

NR. 7 · JULI 1951 · 3. JAHRGANG



In unseren Sport- und Erholungsanlagen
findet unsere Belegschaft Ausspannung
und neue Kraft für ihre Familien, für
unser Werk und für unsere Kunden



WESTFALENHÜTTE DORTMUND AG

WIR ERÖFFNETEN:

Sportlerheim und Rollschuhbahn

Vom frühen Morgen, wenn das erste Tor sich öffnet, bis in die Dunkelheit hinein, bis das letzte Portal verschlossen wird, sind unsere Sport- und Erholungsanlagen von Hunderten Ausspannung und Erholung Suchenden belebt — in den schönsten Stunden der schönen Tage werden es Tausende.

Heller Jubel drängt von der Kindererholungsanlage herüber. Da türmen sich die Berge und Burgen in den

strickt, gestickt; und aus dem großen lichten Raum des Kinderheimes klingen die Lieder der Kleinsten. Auf den vielen Bänken aber sitzen Väter und Mütter und freuen sich an der Freude ihrer Kinder.

Auf den Sportplätzen turnen Klassen der nahen Volksschulen oder üben sich Jungen im „Volkssport Fußball“, um vielleicht in 15 oder 20 Jahren einmal Oberligisten zu sein.

Auf der Radrennbahn zieht der Nachwuchs seine Kreise. Und manchmal ist ein ganz Kleiner dabei, der mit dem abweisend-ernsten Gesicht des versiertesten Matadors in die kleinen Pedalen tritt.

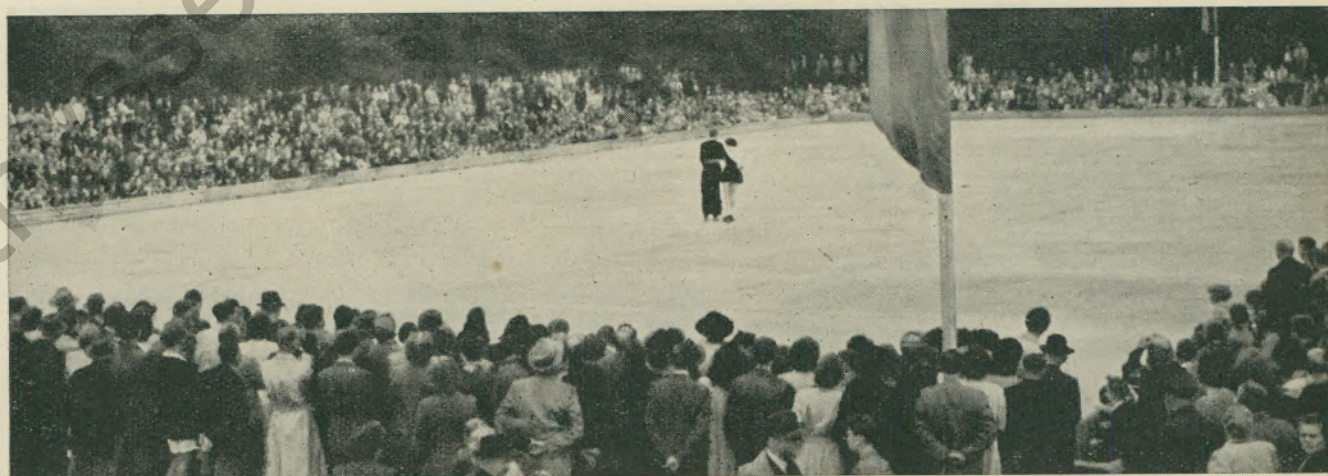
Auf den roten Gevierten der Tennisplätze herrscht Ruhe. Nur matt klingt der Aufschlag der weißen Bälle. Dann und wann ein verhaltener Zuruf. Auch diese Plätze stehen dem Arbeiter offen. Sie sind nicht mehr das Reservat bestimmter Schichten, die praktisch längst nicht mehr bestehen.

Herrlich sind die verschlungenen Wege in den gepflegten Parkanlagen. Die Bäume raunen im fächeln-den Wind. Die Vögel singen. Und die auf den Bänken Rastenden meinen fast, irgend etwas sehen und erleben zu müssen, von dem sie als Kind in den Märchenbüchern lasen.

Ein Quell der Freude, ein Born der Gesundheit sind unsere Sport- und Erholungsanlagen, die im letzten



riesigen Sandkästen. Da spritzt das klare Wasser in dem 1000 qm großen Planschbecken von den tollen Kleinen. Da sind Rutschbahn und Karussell, Rundlauf und Ringe und Reck gesuchte Mittel zur körperlichen Kräftigung der Jungen und Mädels — durch Spiel. Da wird in den Räumen des Jugendhortes gebastelt, ge-



Jahr rund 700 000 Besucher zählten. Die schweren Kriegsschäden, die sie trafen, sind ausgetilgt. Immer mehr wird am Ausbau und an der Vervollkommenung gearbeitet.

Die neue Rollschuhbahn ist hierbei ein besonderer Markstein. Sie wurde am 20. Juli ihrer Bestimmung übergeben. Arbeitsdirektor Alfred Berndsen stellte in seiner Ansprache heraus, daß auch die Rollschuhbahn in erster Linie für die Dortmunder Jugend bestimmt sei. Betriebsratsvorsitzender Gust. Schwentke betonte das gute Einvernehmen, das stets zwischen Aufsichtsrat, Vorstand und Belegschaft bestanden habe. Diesem Einvernehmen auch sei es zu danken,



daß in großzügiger Weise beträchtliche Mittel für den Ausbau der Sport- und Erholungsanlagen bereitgestellt worden seien. Er machte sich zum Sprecher nicht nur der Belegschaft, sondern der ganzen Dortmunder Bevölkerung — vor allem der Arbeiterbevölkerung des Dortmunder Nordostens —, als er dem Vorstand den

Dank für das geschaffene Werk abstattete. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Rollschuhverbandes, Hohmann, würdigte die neue Rollschuhbahn als die größte und schönste Anlage der Bundesrepublik. Welche Anteilnahme die Dortmunder Bevölkerung der neuen Rollschuhbahn entgegenbringt, geht schon daraus hervor, daß trotz schlechten Wetters über 5000 Zuschauer der Eröffnung beiwohnten.

Ein Sportlerheim wurde am gleichen Tage eröffnet. Der schlichte Bau, der sehr ansprechend ausgestattet ist, weist neben dem Restaurationsraum zwei kleinere Klubräume, aber auch Umkleideräume für die Sportlerinnen und Sportler auf. Das Sportlerheim, dessen Wirtschaftsführung in bewährte Hände gelegt wurde, steht selbstverständlich jedem Besucher, also nicht nur den Sportlern, offen.

Mit der Rollschuhbahn und dem Sportlerheim wurde eine weitere und wichtige Etappe erreicht. So sucht die Westfalenhütte immer nach neuen Mitteln und neuen Wegen, um die herrlichen Anlagen zu verschönern und zu vervollkommen. Diese Anlagen sind wirklich die Lunge des Dortmunder Nordens und Nordostens. In diesen Anlagen ist jeder willkommen, der dem Staub der Straßen entgehen, der Licht und Sonne finden, der wenigstens für kurze Stunden dem Lärm und Gehaste der Großstadt und den engen Wänden entfliehen will. Dabei hält das Werk und seine Belegschaft es für eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Besucher darauf achtet, die Anlagen zu pflegen und zu schützen.





EIN Ja DEM LEBEN!

Nach den Worten des Dr. Georg Seiring (früher Präsident des Deutschen Hygiene-Museums Dresden, jetzt mit der Leitung des Deutschen Gesundheits-Museums in Köln beauftragt) stellen der Ausgang des Krieges und seine Folgen alle für die Volksgesundheit verantwortlichen Stellen hinsichtlich der gesundheitspolitischen Probleme vor neue große Aufgaben. Die harten Blutopfer unter den Männern, die schweren Kriegsarbeiten der Frauen, die katastrophale Ernährungslage, die Wohnungsnot mit all ihren üblen Begleiterscheinungen, die immer noch grassieren, haben fraglos erschütternde und tiefgreifende Schäden auch in gesundheitlicher Hinsicht angerichtet. Gesetzliche Maßnahmen, Weiterentwicklung gesundheitlicher Maßnahmen, Betreuung — also Maßnahmen „von oben her“ — werden allein nicht ausreichen, den gesundheitlichen Engpaß zu überbrücken. Deshalb entstand der begrüßenswerte Gedanke, zur Aufklärung der Bevölkerung über gesundheitliche Fragen ein Zentralinstitut, das Deutsche Gesundheits-Museum, zu errichten, das — der Tradition des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden folgend — in erweitertem Ausmaße den 50 Millionen Menschen der Bundesrepublik und darüber hinaus auch dem Auslande die Aufklärung und Belehrung in Form von Ausstellungen aktueller Teilgebiete der Gesundheit übermitteln will. Den Auftakt dieser Arbeit bildet die Gesundheitsausstellung in Köln, die vom 23. Juni bis 12. August stattfindet und die erste große Ausstellung auf diesem Gebiet seit der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 1930/31 ist.

Der Hauptzweck der Ausstellung, die „ein Ja dem Leben“ sagt, ist also die Aufklärung in volksgesundheitlicher Beziehung. Der menschliche Körper und die menschlichen Lebensbedürfnisse werden in Modellen und Bildern anschaulich dargestellt. Gesundheit und Krankheit, Ernährung, Kleidung und Körperpflege umreißen die Gebiete, in denen auch die medizinischen und sozialen Organisationen Über-sichten über ihr Schaffen geben.

Höchste Anforderungen an die menschliche Arbeitskraft

stellt die Tätigkeit in den Betrieben der eisenschaffenden Industrie. Es ist deshalb die Sorge der Werksleitungen, dem schwerarbeitenden Belegschaftsmitglied jede nur mögliche Fürsorge angedeihen zu lassen. Werksärztlicher Dienst, Arbeitsschutz und eine weitgehende Fürsorge sind soziale Gebiete, die in unseren Betrieben betont gepflegt werden. Und es ist sehr anerkennenswert, daß der Ausschuß für Sozialwirtschaft der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie durch eine Sonderausstellung die auf diesen Gebieten in den Werken geleistete Arbeit auch der breiten Öffentlichkeit vor Augen führt. In leicht faßlichen und anschaulichen bildlichen Darstellungen wird gezeigt, was auf dem Gebiet des werksärztlichen Dienstes, des Arbeitsschutzes und des Fürsorgewesens getan wird.

In Anbetracht der großen Bedeutung der Ausstellung und der Fülle des Anschauungsmaterials haben viele Werks-angehörige, die sich beruflich um die Gesundheit und das soziale Wohl der Belegschaft zu sorgen haben, unter ihnen auch Vorstandsmitglieder, Betriebs- und Abteilungsleiter, die Ausstellung besichtigt, um aus ihr weitere Anregungen für ihre soziale Tätigkeit zu gewinnen.

Aber „von oben her“ kann nicht alles getan werden. Es ist deshalb bedeutungsvoll und richtunggebend, wenn Ministerpräsident Arnold in seinem Geleitwort betont: „Mitbestimmung heißt Mitverantwortung! Das gilt für die Allgemeinheit wie für den einzelnen; daher ist auch jeder einzelne Mensch für die Erhaltung seiner Gesundheit und damit seiner Arbeits- und Leistungsfähigkeit mitverantwortlich. Eine großzügige Gesundheits- und Sozialpolitik muß dieses Gefühl für die eigene Mitverantwortung immer wieder wecken in der Haltung und gleichzeitig den Menschen in die Lage versetzen, diese Mitverantwortung selbst zu tragen . . .“

Auch unser Werk vermag nur die größte Not zu lindern, bei der Beseitigung der schlimmsten Schäden zu helfen — es liegt an jedem einzelnen, alles zu tun, um seine Gesundheit und seine Arbeitskraft zu erhalten.

Hochkonjunktur in Schwedens Eisenindustrie

Schwedens Stahl- und Eisenindustrie befindet sich gegenwärtig in einer ausgesprochenen Hochkonjunktur; neue Aufträge kämen in zu reichlichem Umfang herein, und es müsse festgestellt werden, daß die Kapazität nicht mehr ausreiche, erklärte anlässlich einer Diskussionstagung des Eisenkontors der Chef des Uddeholmskonzerns, Nils Danielsen. Von Zeit zu Zeit seien Prognosen über die mengenmäßige Vergrößerung der Eisenerzeugung aufgestellt worden, die sich aber immer wieder als nicht zutreffend herausgestellt hätten. Danielsen teilte weiter mit, daß es nicht gelungen sei, den Ausbau der Kapazitäten in der gewünschten Weise durchzuführen. Der schwedischen Eisenindustrie fehle das Gleichgewicht, verursacht durch Mangel an Arbeitskräften, Verknappung von Rohstoffen und im besonderen an Brennstoffen. In der Qualitätsindustrie habe die Knappheit an Kobalt, Wolfram, Nickel, Molybdän und Mangan eine Veränderung der Produktion notwendig gemacht. Im besonderen befaßte sich Danielsen sodann mit dem am 1. Juli in Kraft tretenden Gesetz des Verbots der Nacharbeit, durch dessen praktische Anwendung im Laufe der Zeit der Bau neuer Walzwerke notwendig werden dürfte.

Neues amerikanisches Stahlprojekt in Norwegen

Wie NTB's Korrespondent in New York meldet, brachte „New York Times“ in großer Aufmachung einen Artikel, wonach die norwegische Regierung ein amerikanisches Projekt erwägt, in Norwegen eine Stahlproduktion aus sogenannten Schwammeisen in Gang zu setzen. Man erklärt, eine Methode erfunden zu haben, die eine Produktion zu konkurrenzfähigen Preisen ermöglicht. „New York Times“ zufolge soll in der norwegischen Stadt Larvik eine Fabrik mit einer Kapazität von 60 000 t Stahllegierungen erbaut werden. Hinter diesen Plänen steht der amerikanische Finanzmann Scanlan aus Minneapolis. Die Verhandlungen, an denen auch ECA in Paris teilgenommen hat, sind bereits weit fortgeschritten, und der Bau der Anlagen in Larvik soll noch in diesem Herbst beginnen, so daß die Produktion in einem Jahr aufgenommen werden kann. Die norwegischen Behörden bestätigen, daß solche Verhandlungen stattfinden, weigern sich aber vorläufig, nähere Mitteilungen zu machen.

Totale Stahlbewirtschaftung in Großbritannien?

Eine Rückkehr zur totalen Rationierung von Stahl in Großbritannien ist nach Ansicht informierter und zuständiger Kreise nicht mehr zu vermeiden. Besprechungen zwischen dem Beschaffungsministerium und dem Eisen- und Stahlverband haben bereits stattgefunden. Seit dem 22. Mai 1950 wurden nur noch Walzstahl und Stahlbleche von staatlicher Seite zugeteilt. Alle anderen Sorten waren frei.

Auf dem Exportsektor untersteht die Ausfuhr von Stahlhalbwarenfabrikaten, Rohstahl und Stahllegierungen seit dem 16. April 1951 Lizenzzwang. Am 14. Mai wurde der gesamte Stahlexport unter Lizenzzwang gestellt. Gleichzeitig kündigte damals Versorgungsminister Strauss an, daß das gesamte Zuteilungssystem für Stahl für den innerenglischen Markt erneut erwogen werde.

Rückgang der Gußproduktion befürchtet

Der Gießerei-Verband Württemberg-Baden, dem 85 Eisen-, Stahl- und Tempergießereien mit rund 10 000 Beschäftigten sowie 27 Firmen in Südwürttemberg, (Süd) Baden und in der Pfalz als Gastmitglieder angeschlossen sind, hielt in Ludwigsburg seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gießerei-vereinigungen in Hagen/Westf., Dipl.-Ing. Burkart, führte u. a. aus, die Anforderungen der Gießereien an Roh- und Brennstoffen seien gegenwärtig derart hoch, daß sie keinesfalls erfüllt werden könnten. Bei der Versorgung mit Kohle sei höchstens mit 75 Prozent und bei Roheisen etwa mit 70 Prozent der an sich schon knappen Zuteilungen vom September 1950 zu rechnen.

Fast 1,2 Mill. Tonnen Rohstahl

Die Rohstahlproduktion im Bundesgebiet lag im Juni mit 1 186 462 Tonnen um rund 63 000 Tonnen über der Produktion des Vormonats und stellt damit einen neuen Nachkriegsrekord dar.

Mit inländischen Brennstoffen wurden davon 1026 Mill. Tonnen Rohstahl gegenüber 971 000 Tonnen im Mai erzeugt. Die mit Importkohlen gewonnene Menge in Höhe von 160 000 Tonnen (150 000 Tonnen im Mai) bleibt dem deutschen Export vorbehalten.

Die Roheisenproduktion erreichte im Juni 945 124 Tonnen gegenüber 919 989 Tonnen im Mai, wovon 765 000 Tonnen (753 000 Tonnen im Mai) mit inländischen Brennstoffen erzeugt werden konnten.

Stahlknappheit in den Vereinigten Staaten trotz restloser Kapazitätsausnutzung

Die National Production Authority traf mehrere bedeutsame neue Maßnahmen, um der starken Stahlknappheit Einhalt zu gebieten. Nach der neuen Verfügung müssen Bauunternehmungen eine Genehmigung der NPA nachsuchen, bevor sie Wohnhäuser (mit mehreren Wohnungen) sowie Einfamilienhäuser errichten, deren Kosten nach dem Vorschlag den Betrag von 35 000 Dollar übersteigen. Ebenso ist die Erlaubnis der NPA erforderlich für sämtliche industriellen, öffentlichen und privaten Bauprojekte, die mehr als 25 t Stahl erfordern.

Teure US-Kohle für knappe Devisen

Die deutsche Kohlenlage wird immer verworrener. Während wir selber trotz der zahlreichen Proteste bei der Ruhrbehörde gezwungen sind, monatlich über zwei Millionen Tonnen Kohle zu exportieren, mußten wir nach Mitteilungen von Erhards Bundeswirtschaftsministerium allein im April 363 000 Tonnen amerikanischer Kohle in das Bundesgebiet einführen. Rund 35 Millionen DM an wertvollen Devisen mußten dafür aufgebracht werden. Während wir selber weit unter dem Weltmarktpreis verkaufen müssen, waren wir gezwungen, für diese amerikanische Kohle 97,62 DM je Tonne zu zahlen, also mit 44 DM das Doppelte, was wir selber für unsere Exportkohle erhalten. Obwohl Deutschland zu einem hohen Prozentsatz nicht Kohle, sondern hochwertigeren Koks exportiert, mußten wir im April fast ein Viertel unserer Erlöse für die deutsche Kohlenausfuhr draufzahlen, um durch die Einfuhr amerikanischer Kohle zu überhöhten Preisen wenigstens zu einem Teil das Defizit zu decken, das durch die angeordneten Kohlenexporte in der Versorgung unserer Grundstoffindustrien entstanden war. Dieses Opfer wiegt um so schwerer, als Deutschland bei seinen geringen Dollarreserven die Einfuhr amerikanischer Kohle mit der Ausfuhr anderer hochwertiger Rohstoffe, insbesondere Stahl, Zellstoffen und seltenen Chemikalien, finanzieren mußte. (Hamburger Abendblatt.)

Begehrte US-Kohle

Die Kontrakte mit amerikanischen Kohlelieferanten sind im Anlauf begriffen. Um der deutschen Wirtschaft den derzeitigen Stand der Industrieprodukte erhalten zu können, werden zur Zeit Beratungen geführt, die einen monatlichen Import von etwa 400 000 Tonnen (bisher insgesamt rund 2 Mill. Tonnen) US-Kohlen vorsehen. Um die infolge der Frachtrate wesentlich teurere US-Kohle bezahlen zu können, sind wieder Gegenseitigkeitsgeschäfte mit Stahl beabsichtigt; ferner soll ein Teil des erhofften und beantragten Exportpreisaufschlages auf deutsche Ruhrkohle verwandt werden. — Im zweiten Halbjahr 1951 sollen insgesamt 15,6 Mill. Tonnen amerikanischer Kohle nach Westeuropa eingeführt werden. Von dieser Menge soll die Bundesrepublik allein 4,3 Mill. Tonnen erhalten. (Hamburger Abendblatt.)

Hochtemperatur-Viskosimeter

Für die genaue Messung der Viskosität von neuen Flüssigkeiten zur Wärmeübertragung wurde ein Gerät entwickelt, das bei Raumtemperatur geeicht wird und ein Temperaturgebiet über 300° mit einer Genauigkeit größer als 5% bestreicht. Es arbeitet mit Mengen von nur 70 ml.

Erdöl und Stahl

Die Beständigkeit von Stahl gegen Erdöl wird durch Entwässerung des Öls stark erhöht. Das ist meist billiger als die Verwendung nichtrostender Stähle.

Kupfer- und Chromgehalte im Schrott

In amerikanischen Elektrostahlwerken wiesen 1950 die unbeabsichtigten Kupfergehalte eine geometrische Häufigkeitsverteilung auf, deren Mittenwert bei 0,13% mit einem Streufaktor von 1,6 lag. Für den Chromgehalt lag der Mittenwert bei 0,079% und der Streufaktor bei 1,8. Durch Multiplizieren bzw. Dividieren des Mittelwerts mit dem Streufaktor erhält man jeweils die Grenzen, innerhalb derer 90% aller Schmelzen lagen.

Das Fließen der Stähle als rheologisches Problem

Das englische National Physical Laboratory untersucht zur Zeit die Relaxation der Werkstoffe in Abhängigkeit vom Fließen und hat dazu eine Maschine gebaut, die noch Torsions-Fließgeschwindigkeiten von 10^{-9} je Stunde zu untersuchen gestattet.

Elektromagnet hoher Leistung

Nach amerikanischen Angaben soll der stärkste und vielseitigste Magnet, der im Handel zu beziehen ist, bei einem Gewicht von 2 t in einem Spalt von 50 mm bei einem Durchmesser der Polschuhe von 146 mm bei 125 kW eine Feldstärke von 35 000 Gauß erzeugen. Mit 20 kW, Polschuhen von 280 mm und einem Luftspalt von 75 mm läßt sich noch ein Feld von 10 000 Gauß erreichen.

Elektrische Energie unmittelbar aus Kohle

Wird die bei der Verbindung von Kohle und Sauerstoff entstehende Energie in einem Brennstoffelement unmittel-

bar als Strom gewonnen, so erhält man theoretisch aus 1 kg Kohle 10 kWh (statt 2 kWh im heutigen Kraftwerk). Bei einer mit Soda getränkten Tonzelle konnte man bei 750 Grad schon eine EMK von 1,01 V entsprechend 98% des theoretischen Werts erreichen.

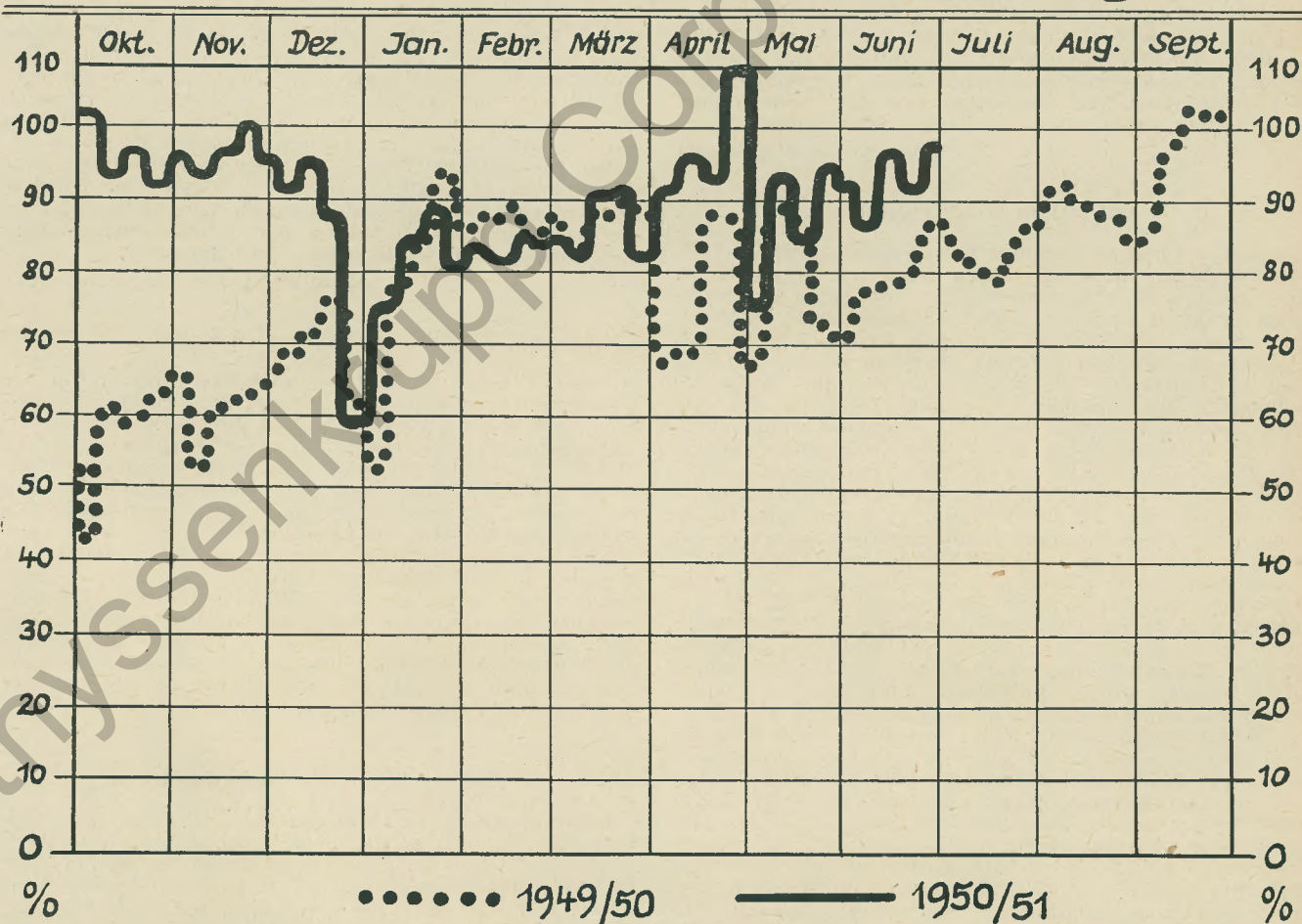
Legierungen mit hoher Magnetostriktion für U-Schall-Erzeugung

In Japan wurde eine als „Alfer“ bezeichnete Stählegierung mit 11,5–13,2% Al entwickelt, die in Feldern von 1200 Oersted eine sehr hohe Magnetostriktion (40×10^{-6}) entwickelt, die besonders für U-Schall-Generatoren geeignet ist.

Röntgen-Mikroskopie

Röntgenstrahlen werden durch fast alle Substanzen gebrochen, aber der Effekt ist so klein, daß ein normales Brillenglas eine Röntgenbrennweite von 100 km hat. Nur unter Nutzung der totalen Reflexion bei sehr kleinem Einfallswinkel lassen sich Röntgenstrahlen praktisch brauchbar sammeln. Versuche mit derartigen Einrichtungen lieferten die ersten Bilder in Röntgen-Mikroskopie mit 50-facher Vergrößerung. Theoretisch müßte sich noch ein Punkt-Abstand von 70 Angström auflösen lassen, jedoch ist dieses Ziel noch bei weitem nicht erreicht. Die Versuche werden fortgeführt, da eine Röntgen-Mikroskopie bei biologischen Präparaten Vorteile bietet und vielleicht sogar eine chemische Analyse durch fotografische Beobachtung ermöglicht.

Unsere Rohstahlerzeugung



Obige Darstellung zeigt die Rohstahlerzeugung unseres Werkes in den Geschäftsjahren 1949/50 und 1950/51. Als Meßzahl wurde eine Rohstahlerzeugung von 100 000 t monatlich (= 23 769 t wöchentlich) zugrunde gelegt. Die Kurve zeigt, wie sich unsere tatsächliche Rohstahlerzeugung zu dieser angenommenen Meßzahl prozentual verhält.

Blick IN DIE PRESSE

Ihr lebt zu gut

Ihr lebt zu gut! — Diese Formulierung kehrt in gewissen Abständen immer wieder, wenn die deutsche Wirtschaft Schwierigkeiten hat und das Ausland nach den Gründen dafür sucht. Nehmen wir die Statistik zum Zeugen. Das Münchener Institut für Wirtschaftsforschung hat den Verbrauch verschiedener Lebensmittel von 1950 mit dem von 1938 verglichen. Danach kauften wir (in kg):

	1938	1950
Fleisch	47,5	38,9
Fett/Öl	28,0	17,5
Fisch	11,9	12,9
Zucker	24,3	31,4
Kakao	0,9	1,6
Südfrüchte	7,0	7,9

(Essener Tageblatt.)

Investitionsbedarf von drei Milliarden DM

Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat ein Memorandum veröffentlicht, in dem auf Grund von Ermittlungen durch Fachleute der betreffenden Wirtschaftszweige festgestellt wird, daß der Investitionsbedarf in den Engpaßgebieten der deutschen Wirtschaft im Bundesgebiet für das Jahr 1951 mit drei Milliarden DM veranschlagt werden muß. Da von den geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen der Bundesregierung bzw. der angestrebten Selbsthilfeaktion der Wirtschaft im äußersten Fall nur 800 Millionen bis eine Milliarde DM erwartet werden können, ergibt sich nach dieser Berechnung, daß diese Mittel keinesfalls ausreichen werden, um die Produktionsengpässe in angemessener Zeit zu überwinden.

(Frankfurter Rundschau.)

Der Irrtum vom Reichtum

Ein ausgesprochen gängiges Thema außenpolitischer Leitartikelschreiber an ausländischen Zeitungen ist die Kritik am deutschen Steuersystem. Der Ton liegt dabei fast durchweg auf der Behauptung, daß die Steuerschraube in Westdeutschland noch kräftig angezogen werden könnte. Das „Institut Steuern und Finanzen“ hat nun in diesen Tagen Zahlen veröffentlicht, die in sehr eindrucksvoller Weise die Auffassung des Auslands korrigieren. Verglichen mit dem Wohlstandsgrad unserer westlichen Nachbarn, gehören wir nämlich noch immer zu den Habenichtsen. Das jährliche Durchschnittseinkommen des westdeutschen Bundesrepublikaners beläuft sich auf 1123 Mark. Der Amerikaner dagegen trägt — legt man für die Umrechnung der fremden Währungen den allerdings etwas problematischen amtlichen Umrechnungskurs zugrunde — mit 6258 im Jahr fast sechsmal soviel nach Hause. Auch das Volkseinkommen Großbritanniens liegt mit 2380 Mark pro Kopf doppelt so hoch wie das unsere, und selbst der Franzose verdient mit 1852 Mark noch immer 50 Prozent mehr als wir. Lediglich in Italien sind die Leute schlechter dran als bei uns. Indessen sagen diese Vergleichszahlen noch nicht alles. Denn schließlich kommt es für den einzelnen nicht so sehr darauf an, was er verdient, sondern darauf, was er wirklich ausgeben kann. Und ausgeben kann er nur, was ihm nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben noch übrigbleibt. Zieht man diese Beträge vom Volkseinkommen ab, so zeigt sich, daß zwar die in Deutschland aufgebrauchten Steuersummen gegenüber anderen Ländern gering erscheinen, im Verhältnis zum Volkseinkommen jedoch die höchsten überhaupt sind. Während der USA-Bürger nach Erfüllung seiner Verbindlichkeiten beim Finanzamt jährlich immer noch durchschnittlich 4615 Mark zu verzehren hat, während jeder Engländer, jeder Franzose, jeder Belgier, jeder Däne und jeder Schweizer jährlich weit über 1000 Mark zur Verfügung hat, entfallen auf den Westdeutschen durchschnittlich ganze 784 Mark.

(Lübecker Nachrichten.)

Psychologie des Frierens

Auch die alliierten Staatsmänner sollten sich über die engen Beziehungen zwischen Frieren und Mißstimmung im klaren sein. Jeder von ihnen wird einmal erlebt haben, daß seine Stimmung erheblich absackte, wenn er durch irgendwelche Zwischenfälle gezwungen war, zu frieren. Warum erwarten sie, daß wir Deutschen eine Ausnahme machen?

Man hört, daß die Ruhrkohlenbehörde beschlossen hat, die Höhe der bisherigen deutschen Kohlenexporte auch in der kommenden Zeit aufrechtzuerhalten. Da die deutsche Produktion sich erfreulicherweise in der letzten Zeit erhöht hat, die Kohlenförderung aber zur Zeit kaum zu steigern ist, muß die Folge sein, daß die mangelnde Kohlenversorgung des verflossenen Winters sich im kommenden Winter fortsetzen wird. Der vergangene Winter war milde. Wie, wenn der kommende Winter nicht milde sein wird?

Die Bundesregierung ist bemüht, dem deutschen Volke beizubringen, daß eine internationale Zusammenarbeit mit dem Westen sinnvoll sei. Ihre Bemühungen werden wenig Erfolg haben, wenn die Bevölkerung frieren muß. Internationale Zusammenarbeit, ja, wird es dann heißen, aber warum immer auf unsere Kosten?

(Das Sonntagsblatt)

Rasche deutsche Renaissance

Das „Come back“ Deutschlands im Welthandel wird in einem Artikel über die Weltlage in den Kairoer Nachrichten „Al Musauwar“ als bemerkenswert hervorgehoben. Der Verfasser des Artikels schreibt: „Deutschland erlebt eine rapide Wiedergeburt seiner Industrie und seines Handels. Die Vertreter der neuen deutschen Regierung erscheinen auf internationalen Konferenzen und machen dort von sich reden. Die deutschen Fabriken haben die Herstellung ihrer alten, sowohl in Qualität wie auch in Preislage unübertrefflichen Erzeugnisse wiederaufgenommen. Vergebens versuchen die amerikanischen, britischen und französischen Stellen, diese rasche deutsche Renaissance zu drosseln.“

(Bergische Landzeitung, Gladbach.)

Kapitalisten auf beiden Seiten

(Dr. Karl Silex im Essener Tageblatt u. a.): ... Die Arbeiterschaft im ganzen ist nicht mehr der Teil der Bevölkerung, dem es am schlechtesten geht. Der Besitzer eines Arbeitsplatzes ist heute ein privilegierter Besitzer gegenüber Millionen und aber Millionen von Vertriebenen und Rentnern, von Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützten, von den vielen Hunderttausenden, um die sich überhaupt keiner kümmert, bei denen es ein Rätsel ist, wie sie noch existieren. Hinzu kommen die freien Berufe, die Schriftsteller, die Künstler, die unterbezahlten Ärzte. Aus allen diesen Kreisen rekrutiert sich heute das Proletariat. Die soziale Schichtung hat sich verschoben, der gelernte Arbeiter hat das Gros der Angestellten, die Lehrer und die meisten Angehörigen der geistigen Mittelschicht überholt, so daß er in der Einkommensstatistik an zweiter Stelle hinter den selbständigen Berufen der Wirtschaft rangiert.

Zweckentfremdete Nachtstunden

Tschechoslowakische Flüchtlinge im Valkalager bei Nürnberg berichteten über den „vorbildlichen kommunistischen Idealismus“ einer Studentin aus Mährisch-Ostrau. Sie hatte nach kommunistischem Muster ihre Hochzeitsnacht der Arbeit geopfert und zusammen mit ihrem Ehemann eine „besondere Nachtschicht“ in der Grube „Stalin“ eines benachbarten Steinkohlenreviers geleistet. Wie sie erklärte, wollte sie damit ihr „herzliches Verhältnis zum Kommunismus und Sozialismus“ zum Ausdruck bringen.

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

Hitze - Durst - Trinken

In den Warmbetrieben steigert sich im Sommer das Hitze- und somit das Durstgefühl. In seinem Gefolge tritt die gesteigerte Sucht zum Trinken ein. Nun hat das Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund eingehende Versuchszeiten durchgeführt, deren Ergebnisse soeben von dem Direktor des Instituts, Professor Dr. med. Lehmann, veröffentlicht werden. Ihnen entnehmen wir:

Der Wärmehaushalt des menschlichen Körpers wird bei mehr als 30°C liegenden Umgebungstemperaturen nicht mehr durch Leitung, Konvektion und Strahlung, sondern allein durch Verdunstung von Wasser, das als Schweiß sich auf der Haut bildet, in einen Gleichgewichtszustand gebracht.

Eine Erhöhung der Chloridkonzentration im Körper führt zwar zu einer Herabsetzung der muskulären Leistungsfähigkeit, scheint aber sonst keine gefährlichen Komponenten im Gefolge zu haben. Dagegen bringt eine Herabsetzung der Salzkonzentration des Blutes gefährliche Erscheinungen hervor; diese liegen zunächst auf nervösem Gebiet (Erregungszustände, Unduldsamkeit gegen Mitarbeiter und Vorgesetzte), äußerlich erkennbar in einer Erweiterung der Hautgefäße und stark gesteigerter Herzaktivität. Bei neu eingestellten, nicht trainierten Leuten im Hitzebetrieb treten bisweilen Ohnmachtsanfälle oder Hitzschläge auf.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände scheint die Ansicht der Praxis, bei Hitzearbeiten möglichst oft einen Personalwechsel vorzunehmen, falsch zu sein.

Zusammenfassend gibt Prof. Dr. Lehmann auf Grund seiner umfangreichen Versuche folgende Regeln für das Trinkregime bei Hitzearbeitern an:

1. Der erfahrene und für seine Arbeit trainierte Hitzearbeiter nimmt von sich aus beim Durstgefühl die physiologisch richtige Getränkemenge auf.

2. Das Getränk muß laufend in kleineren Mengen aufgenommen werden. Einmalige Getränkeportionen von mehr als 1/4 Liter sind zu vermeiden. Es muß am Arbeitsplatz selbst jederzeit vorhanden sein.

3. Das Trinken von Salzwasser für den hitzetrainierten Arbeiter in unserem Klima ist nicht erforderlich, kann sogar nachteilig sein.

4. Der Neuling ist darauf hinzuweisen, daß er zweckmäßiger zu wenig als zu viel trinken soll und unmittelbar nach der Arbeit größere Getränkemengen nicht zu sich nehmen darf.

5. Nur wenn nicht hitzetrainierte Arbeiter ausnahmsweise großen Hitzebelastungen bei gleichzeitig schwerer Arbeit ausgesetzt werden müssen, ist das Trinken von Salzwasser zu empfehlen. Die Konzentration an Kochsalz soll in diesen Fällen etwa 0,3 v.H. betragen. Diesem Prozentsatz entspricht ein gehäufte Teelöffel Kochsalz pro Liter.

6. Beim Auftreten von Hitzeschäden sind einmalig 100 ccm Wasser dem Betreffenden zum Trinken zu geben. Dieser Menge sollen etwa 2 g Kochsalz (= einem knappen Teelöffel voll) beigemischt werden. In schweren Fällen, in denen das Trinken des Patienten nicht mehr möglich ist, empfiehlt sich ein Salzwassereinlauf durch den Arzt oder einen zuvor genau unterwiesenen Heilgehilfen.

7. Als empfehlenswerte Getränke sind zu nennen:

- a) Malz- oder Ersatzkaffee,
- b) echter Kaffee,
- c) schwarzer Tee.

Gegen einen mäßigen Koffeingehalt bestehen nach Ansicht des Max-Planck-Instituts für Arbeitsphysiologie keine Bedenken. Stark aromatische Tees, wie Pfefferminztee und dgl., werden häufig von den Belegschaftsmitgliedern aus geschmacklichen Gründen abgelehnt.

Als vorteilhaftes Getränk für den körperlich schwer arbeitenden Hitzearbeiter ist ein Tee zu empfehlen, der aus einem Aufguß von 1 g schwarzen Tees und 2 g Pfefferminztees auf 1 Liter Wasser hergestellt ist.

8. Die Getränke müssen sich beim Genuß in einem handwarmen Zustand befinden. Kalte Flüssigkeiten sind zu vermeiden, da sie zu Erkrankungen der Magenschleimhaut Anlaß geben können und dazu verführen, zu große Mengen auf einmal aufzunehmen.

9. Den geeigneten Getränken können zur Hebung der körperlichen Leistungsfähigkeit, insbesondere wenn sie im Zustand körperlicher Ermüdung genossen werden, Traubenzucker zugegeben werden. An Stelle des teuren Traubenzuckers kann Stärkezucker verwendet werden, ohne daß die physiologische Wirkung dadurch nennenswert beeinträchtigt wird. Der Trauben- bzw. Stärkezuckergehalt soll 5 Volumen Prozent nicht unterschreiten.

Da diese Zuckerarten nur wenig süßen, wird das Durstgefühl hierdurch nicht ungünstig beeinflusst.

Die Berechnung der Renten

2. Angestelltenversicherung

Das Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung besteht aus einem Grundbetrag von 444,— DM im Jahr, den Steigerungsbeträgen und dem Kinderzuschuß.

Für die vor dem Inkrafttreten des SVAG geleisteten Beiträge (Beitragsmarken) beträgt der jährliche Steigerungsbetrag für jeden Monatsbeitrag in der Gehaltsklasse A 0,25, B 0,50, C 1,—, D 1,50, E 2,—, F 2,50, G 3,—, H 4,—, J 6,—, K 8,— DM.

Für die nach dem Inkrafttreten des SVAG geleisteten Beiträge beträgt der jährliche Steigerungsbetrag für jede geklebte Beitragsmarke in der Gehaltsklasse I 0,20, II 0,30, III 0,45, IV 0,65, V 0,95, VI 1,25, VII 1,75, VIII 2,45, IX 3,15, X 3,85, XI 6,—, XII 8,— DM.

Das monatliche Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung wird nach dem SVAG ebenfalls um insgesamt 16,— DM erhöht. Die Mindestmonatsrente beträgt auch hier 50,— DM. Auch hier gilt der Grundsatz, daß sich die Rente nach der Anzahl und Höhe der geleisteten Beiträge richtet.

Für die von dem Arbeitgeber ab 1. Juli 1942 in den Versicherungsarten zur Angestelltenversicherung bescheinigten Brutto-Arbeitsverdienste wird ein jährlicher Steigerungsbetrag von 0,7 Prozent berechnet, höchstens aber von einem Entgelt bis zu 7200,— DM jährlich. Für die in der Zeit vom 1. August 1921 bis 31. Dezember 1923 geleisteten Beiträge wird kein Steigerungsbetrag angerechnet (Inflationsbeiträge).

In einer der Klassen A—J werden (entsprechend dem letzten Pflichtbeitrag vor der Einziehung) Steigerungsbeträge für die Weltkriegsdienstzeit 1914/18 gewährt.

Steigerungssätze der Klasse B werden für die Zeit der Erfüllung der aktiven Dienstzeit und der Reichsarbeitsdienstpflicht unter der Voraussetzung in Anrechnung gebracht, daß die Versicherung vorher bestanden hat. Für die Teilnahme am letzten Weltkrieg werden die gleichen Steigerungssätze (siehe „Quelle“ 4/51, Seite 204) wie in der Invalidenversicherung verrechnet. Maßgebend ist der letzte geleistete Beitrag vor der Einberufung.

Der Kinderzuschuß beträgt monatlich 15,— DM für jedes Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.

Die Hinterbliebenenrenten betragen: Witwenrenten: $\frac{5}{10}$ des Ruhegeldes (ohne Kinderzuschuß). Waisenrenten: $\frac{4}{10}$ des Ruhegeldes (ohne Kinderzuschuß). Der monatliche Zuschlag nach dem SVAG beträgt auch hier 12,— DM für die Witwenrente, jedoch müssen monatlich mindestens 40,— DM gewährt werden. Die Waisenrenten werden um 6,— DM, mindestens jedoch auf 30,— DM erhöht.

Wenn Beiträge zur Invaliden- und Angestelltenversicherung geleistet worden sind, handelt es sich um eine Wanderversicherung.

Die Rente setzt sich auch hier zusammen aus dem jährlichen Grundbetrag von 444,— DM bei überwiegender Angestelltenversicherung und 156,— DM jährlich bei über-

wiegender Invalidenversicherung, dem Steigerungsbetrag und dem Kinderzuschuß.

Wenn die Wartezeit durch Beitragszeiten desselben Versicherungszweiges erfüllt ist, wird der Grundbetrag aus einem Versicherungszweig voll gewährt. Sonst wird der Grundbetrag nur zu dem Teil angerechnet, der dem mit Beitragszeiten belegten Teil der Wartezeit entspricht. Dabei gelten Beitragszeiten von mehr als 6 Monate oder 26 Wochen als volle Beitragsjahre. Ein höherer Grundbetrag als 444,— DM jährlich wird in keinem Falle gewährt.

Die Steigerungsbeträge werden wie in der Invaliden- oder Angestelltenversicherung errechnet. Zu beachten ist noch: Wenn in der Wanderversicherung der volle Grundbetrag von 444,— DM jährlich (Angestelltenversicherung) gewährt wird, so wird eine Kürzung der errechneten Steigerungsbeträge aus der Invalidenversicherung von jährlich 72,— DM vorgenommen. Die Kürzung von 72,— DM jährlich

soll als Ausgleich für den erhöhten Grundbetrag der Angestelltenversicherung gelten.

Im übrigen werden auch bei der Wanderversicherung die Zuschläge nach dem SVAG gewährt, jedoch nur einmal, und zwar aus dem Versicherungszweig, für den der Versicherte die größere Anzahl von Beiträgen entrichtet hat.

Auf Grund der vorstehend angeführten Berechnungsgrundlagen ist jeder Versicherte der Rentenversicherung in der Lage, die ihm nach Eintritt des Versicherungsfalles oder bei Vollendung des 65. Lebensjahres zustehende monatliche Rente selbst zu berechnen, wenn er im Besitze sämtlicher Aufrechnungsbescheinigungen der früheren Karten und der laufenden Versicherungskarte zur Angestelltenversicherung bzw. Quittungskarte zur Invalidenversicherung ist. In diesem Zusammenhange wird dringend empfohlen, die Aufrechnungsbescheinigungen der umgetauschten Karten, den Militärapaß usw. sorgfältig aufzubewahren.

Gesetz über Höhrversicherung in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten

Die Leistungen in der Rentenversicherung (Invaliden- und Angestelltenversicherung) berechnen sich aus einem für alle Versicherten gleichen Grundbetrag und Steigerungsbeträgen, die sich nach der Höhe der bezahlten Beiträge richten. Dazu kommen noch Zuschläge, die im Gesetz besonders festgelegt worden sind. Die Steigerungsbeträge betragen in der Invalidenversicherung 1,2 Prozent, in der Angestelltenversicherung 0,7 Prozent der gezahlten Beiträge, soweit diese durch Lohnabzug abgeführt werden. Bei der Verwendung von Marken, die bei der freiwilligen Versicherung stattfindet, ist für jede Marke ein bestimmter Steigerungsbetrag im Gesetz festgelegt.

Durch das Gesetz vom 14. März 1951 wird den Versicherten die Möglichkeit gegeben, sich über ihre Pflicht- oder freiwilligen Beiträge hinaus noch einen weiteren Steigerungsbetrag durch freiwillige Höhrversicherung zu sichern. Dies geschieht durch Verwendung besonderer Marken.

Um später in den Genuß der Rente zu kommen, muß der Versicherte die Anwartschaft dadurch aufrechterhalten, daß er mindestens in der Invalidenversicherung 26 Wochenbeiträge, in der Angestelltenversicherung 6 Monatsbeiträge entrichtet. Davon ist die Höhrversicherung unabhängig. Der Versicherte kann zu jedem Beitrag eine Marke in beliebiger Höhe kleben, ist aber damit weder an die Wartezeit noch an die Erhaltung der Anwartschaft gebunden, kann also auch weniger kleben. Er kann verwenden

in der Invalidenversicherung		in der Angestelltenversicherung	
Wochenmarken		Monatsmarken	
Kl. I	zu 0,50 DM	Kl. I	zu 2,50 DM
Kl. II	zu 1,— DM	Kl. II	zu 4,50 DM
Kl. III	zu 1,50 DM	Kl. III	zu 6,50 DM
Kl. IV	zu 2,— DM	Kl. IV	zu 9,— DM
Kl. V	zu 3,— DM	Kl. V	zu 13,50 DM
Kl. VI	zu 4,— DM	Kl. VI	zu 18,— DM
Kl. VII	zu 6,— DM	Kl. VII	zu 25,— DM
Kl. VIII	zu 8,— DM	Kl. VIII	zu 35,— DM
Kl. IX	zu 10,— DM	Kl. IX	zu 45,— DM
Kl. X	zu 13,— DM	Kl. X	zu 55,— DM
Kl. XI	zu 16,— DM	Kl. XI	zu 70,— DM
Kl. XII	zu 20,— DM	Kl. XII	zu 90,— DM

Diese Marken unterscheiden sich von den anderen durch den Aufdruck „HV“. Sie können bei der Post gekauft werden. Sie müssen durch Aufdruck des Datums entwertet werden, worauf sehr zu achten ist.

Nach dem Tage der Verwendung richtet sich nämlich der Wert, den die Marke für den Steigerungsbetrag hat. Erstmals in der deutschen Sozialversicherung wird in diesem Gesetz eine Leistung bei gleicher Beitragszahlung in ihrer Höhe nach dem Lebensalter verschieden gewährt. Der Steigerungsbetrag in der Höhrversicherung ist weit höher als in der Pflicht- und freiwilligen Versicherung. Seine Höhe richtet sich nach dem Alter, in dem der Versicherte bei der Beitragszahlung stand und beträgt bei einem Alter von

bis zu 30 Jahren 20% des Beitrages

31—35	"	18%	"	"
36—40	"	16%	"	"
41—45	"	14%	"	"
46—50	"	12%	"	"
51—55	"	11%	"	"
56—65	"	10%	"	"

Es ist auf diese Weise möglich, die Rente durch rechtzeitige höhere Beitragszahlung erheblich zu verbessern.

Allerdings kommt nicht unter allen Umständen eine Verbesserung dabei heraus, wenn man, anstatt freiwillige Beiträge in einer höheren Klasse zu bezahlen, den Differenzbetrag für die Höhrversicherung verwendet. Freiwillig versicherte Angestellte, die zur Erhaltung der Anwartschaft mindestens 6 Monatsbeiträge nach Kl. X zu 55,— DM im Jahr entrichten müssen, erhalten nämlich einen höheren Steigerungsbetrag, wenn sie an Stelle der Kl. X Marken der Kl. XI zu 70,— DM oder der Kl. XII zu 90,— DM verwenden, als wenn sie den Unterschiedsbetrag von 15,— DM bzw. 35,— DM für die Höhrversicherung anlegen. Das ist aber die einzige Ausnahme. In allen anderen Fällen ist es günstiger, die Pflicht- oder freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Höhe vorzunehmen und für die Mehrbeträge Höhrversicherungsmarken zu verwenden.

Bombengefahr!

Kollégén! Immer noch bedrohen Bomben und Sprengkörper euer Leben!

In den letzten sechs Monaten wurden auf dem Werksgelände und im Schrott 2177 Bomben und Sprengkörper gefunden. Sie verteilen sich im einzelnen wie folgt: 8 Bomben von 50 bis 250 kg, 3 Sprengkörper, ca. 100 kg schwer, 3 Raketengeschosse, 10 Sprengbüchsen, 1 Sprengmine, 1 Tellermine, 1 Sprengladung mit Zünder, 3 Panzerfäuste, 5 mit Sprengstoff gefüllte Rohre, 37 Leuchtbomben, 6 Phosphorkanister, 89 Stabbrandbomben, 45 Stabbrandbombenreste, 162 Granaten, 44 halbe Granaten mit Sprengstoff, 176 Handgranaten, 811 Wurfgrenaten, 122 Zünder von Granaten, 5 Granatenhülsen mit Sprengkapseln, 42 Kartuschen mit Zündkapseln, 121 Flakgeschosse, 5 Flakgeschöshülsen mit Sprengkapseln, 3 Flakgeschützrohre mit Geschossen, 1 Sprengkapsel, 1 Leuchtpurpistole, 11 MG-Munition, 1 Maschinengewehrtrommel mit Geschossen, 22 Infanterie-Munition, 120 sprengstoffverdächtige geschlossene Gefäße.

Kollégén! Die Bombengefahr ist also immer noch groß! Verstärkt eure Aufmerksamkeit! Meldet sofort jeden Fund. Für das Auffinden von Sprengkörpern aller Art werden Prämien gezahlt.

Das West-Ost-Gefälle

Dr. Pentzlin (Hannover) referierte auf der Jahrestagung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft über das Thema West-Ost-Gefälle des Arbeitsertrages. Aus dem Vortrag entnehmen wir folgende Auszüge:

Stalin erinnert oft und gern an ein Wort Lenins während der Oktoberrevolution: „Entweder tot oder die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder einholen und überholen.“ Und er sagte auch: „Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder wir bringen das zustande, oder wir werden zermalmte.“ Nun, das West-Ost-Gefälle ist auch heute noch eine Tatsache, die — abgesehen von rein propagandistischen Ausbrüchen — im Osten nicht einmal geleugnet wird. Im Gegenteil: der Wille zum Einholen und Überholen des Lebensstandards der westlichen Länder gibt den Führern der Sowjetunion, zum mindesten im politischen Argument, die stärksten Impulse zur weiteren Industrialisierung und die besten Gründe, das russische Volk immer wieder auf die Zukunft zu vertrösten. Die Lebenshaltung dieser Indices vergleichen zu wollen, ist immer problematisch; sie ist es besonders im Verhältnis zur Sowjetunion, weil die unwahrscheinliche Größe des staatswirtschaftlichen Anteils und die Staatsleistungen für den Bürger sich der indexmäßigen Erfassung fast ganz entziehen... Jeder Vergleich der Stundenkaufkraft zwischen der Sowjetunion und Westeuropa... zeigt die Stärke des Gefälles an. Zwar sind die Anstrengungen zur Schwerindustrialisierung ungeheuerlich; in einzelnen Jahren wurde bis 40 Prozent des Volkseinkommens in der Sowjetunion für die „Anhäufung“ verwandt, während beispielsweise in den Vereinigten Staaten in vergleichbaren Jahren nur 10 bis 12 Prozent denselben Weg gingen. Aber der soziale Mißerfolg in der Sowjetunion, der seinen Ausdruck findet im zu lange andauernden und zu krassen Mißverhältnis zwischen der geforderten Leistung und dem notwendigen Lebensstandard, ist gleichwohl unverkennbar...

„Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus nie dagewesen war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Produktivität schafft.“ Diese Worte Lenins können und müssen ergänzt werden durch den Nachsatz, daß nur eine Aufrechterhaltung und Vergrößerung des West-Ost-Gefälles den Ansturm des Bolschewismus aufhalten kann. Aus der allgemeinen Erkenntnis, daß der Kommunismus im Notfalle nicht nur mit militärischen Waffen bekämpft werden kann, sondern daß er in jedem Falle soziale und politische Antworten erhalten muß, müssen bestimmte Folgerungen und Forderungen abgeleitet werden. Jede Krise bei uns wird drüben auf jeden Fall freudig begrüßt. Die Anreicherung des Sozialprodukts in den westlichen Staaten, ein steiler Anstieg des Lebensstandards, festigt dagegen die „innere Front“ des kalten Krieges. Wer den Westen erhalten und seine Kraft stärken will zwecks Immunisierung gegen politischen Radikalismus, der muß sich freilich über Materielles hinaus auch von überlebten und untergehenden Kräften lösen.

Pentzlin wandte sich an das „Unternehmertum als Träger der westlichen Wirtschaftsideologien“: Die Versprechungen nach größerer Sicherheit und größerem Wohlstand müßten vom Unternehmertum eingelöst werden, und zwar durch erhöhte Leistungen seines Wirtschaftssystems. Es sei an der Zeit, daß die westlichen Staatsmänner endlich das „Phänomen der steigenden Formlosigkeit der Geschichte“ begriffen. Hoffentlich lernten sie auch aus der amerikanischen Geschichte etwas über den Zusammenhang zwischen Marktausweitung und Wohlstandssteigerung. Bei Wegfall der wirtschaftlichen Grenzen fiel auch eines der Hauptthemen der Geschichte, der Konflikt, weg, und der Weg zu einer Wohlstandssteigerung werde frei.

Im Boot und Zelt

Eine Angehörige der Jugendgruppe schreibt uns:

Zum Wochenende eine Paddelbootfahrt! Schöneres konnte uns vier Mädels nicht geboten werden. Mit dem Auto fuhren wir, brennend vor Ungeduld, nach Olfen. Sofort wurde dann auch das Boot „Westfalenhütte“ gestürmt.



Aber auch das Paddeln will gelernt sein. Bald saßen wir fest. Mit vereinten Kräften wurden wir aber wieder flott, und nun ging es die Stever abwärts.

Ob die Olfener Kinder in uns wohl Neulinge erkannten? Jedenfalls machte es ihnen einen Heidenspaß, uns in eine große Wasserschlacht zu verwickeln. Wir hatten alle Mühe, unser Boot zu halten und uns daneben noch zu wehren. Vollkommen mit Schlamm beworfen, schlossen wir Frieden. Lachend gingen wir an Land.

Dann aber mußten wir an das Aufschlagen der Zelte denken. Wir hatten noch nie in einem Zelt übernachtet; alles war neu für uns.

Wind und Regen weckten uns am anderen Morgen. Aber wir sind ja Wasserratten. Trotz Regen und Gewitter — wir gingen paddeln! „Regen, Wind, wir lachen drüber!“ Das konnten wir jetzt singen. Viel zu schnell gingen die Stunden vorüber.

Wir wollen allen danken, die uns diesen Aufenthalt ermöglichten, und wünschen, daß noch viele dort sich erholen können. Gleichzeitig aber hoffen wir, daß auch wir recht bald wieder draußen sein können.





UNSER

BRIEFKASTEN

A. K., Blechwalzwerk:

Meine Schwiegermutter erhält, da ihre Rente sehr niedrig ist, zusätzliche Wohlfahrtsunterstützung. Kann sie, unbeschadet von Ansprüchen, die das Wohlfahrtsamt zu stellen berechtigt ist, ihren gesamten Hausrat als Erbe ihren Kindern aufteilen? Haben die erbenden Kinder evtl. die gezahlte Summe dem Wohlfahrtsamt zu erstatten?

Unsere Rechtsabteilung erklärt hierzu:

Ein Unterstützungsempfänger kann wie andere Personen über seinen Nachlaß im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Verfügungen treffen. Die Erben, die den Nachlaß des verstorbenen Unterstützungsempfängers annehmen, sind nach § 25 Abs. 3 Fürsorgepflicht VO zur Erstattung der Unterstützungsgelder verpflichtet, jedoch mit der Maßnahme, daß sich diese Verpflichtung auf den Wert des Nachlasses beschränkt. Lehnt der Erbe die Annahme der Erbschaft ab — die Ablehnung muß gemäß §§ 1944/45 BGB innerhalb von sechs Wochen in öffentlich beglaubigter Form gegenüber dem Nachlaßgericht erfolgen — dann entfällt hiermit seine Haftung für die geleisteten Unterstützungsgelder.

A. J., Steinfabrik:

Sie schicken uns einen Vers, den sich manche Besucher unserer Erholungsanlagen merken sollten:

Für jeden Fuß ist jeder Gang,
Für jeden Müden jede Bank,
Für jedes Auge jede Blume
zum allgemeinen Eigentume.
Für Herz und Sinn sei alles dir.
Doch nichts ist für die Finger hier.

J. H., Verwaltung:

Da kommt ein Kollege eine halbe Stunde zu spät. Fragt ihn einer: „Nanu? Sommermorgenspaziergang schon beendet?“ — „Quatsch!“ sagt der, „ich habe mich nur verschlafen.“ — „Donnerwetter!“ staunt der Frager, „zu Hause schläfst du auch?“

B. T., Blechwalzwerk I/II:

Aus unserem Mitteilungsblatt habe ich zur Kenntnis genommen, daß bei der Geburt eines Kindes an Nichtmitgliedern ein Wochengeld von 0,50 DM pro Tag für vier Wochen vor = 14,— DM und für sechs Wochen nach der Entbindung = 21,— DM gezahlt werden, dazu noch ein Entbindungskostenbeitrag von 10,— DM, insgesamt also 45,— DM. Stimmt dieser Betrag?

1. Werden von dem Betrag Steuern berechnet?
2. Bekommt eine Frau bei der Niederkunft von Zwillingen einen doppelten Entbindungskostenbeitrag?

Unsere Betriebskrankenkasse erklärt dazu:

In der Familienwochenhilfe steht zu:

- | | |
|---|----------|
| 1. Ein Entbindungskostenbeitrag | DM 10,— |
| 2. Wochengeld für 71 Tage je DM 0,50 = | DM 35,50 |
| 3. Ein Stillgeld für 85 Tage je DM 0,25 = | DM 21,25 |
| | DM 66,75 |

Bei der Berechnung des Wochengeldes für vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung wird der Entbindungstag selbst nicht mitgerechnet, aber mitbezahlt. Daher ergeben sich für zehn Wochen 71 Tage.

Ähnlich verhält es sich beim Stillgeld, wo sich auf diese Weise bei zwölf Wochen 85 Tage errechnen.

Die einzelnen Fragen sind wie folgt zu beantworten:

1. Die Leistungen der Krankenversicherung, also auch die Wochenhilfe, sind grundsätzlich steuerfrei.
2. Der Entbindungskostenbeitrag erhöht sich bei Mehrlingsgeburten nicht, wohl aber wird das Stillgeld für jedes Kind bezahlt, bei Zwillingen das doppelte Stillgeld, bei Drillingsen das dreifache Stillgeld usw.

Wilh. K., Lok.-Abteilung: Es ist durchaus anerkennenswert, daß Sie sich für technische Vorgänge sehr interessieren. Aber bei einiger Überlegung werden Sie sich selbst sagen, daß wir auf technische Einzelheiten nicht eingehen und Ihnen Skizzen oder Zeichnungen nicht überlassen können.

Noch einmal: Doppelverdienst

Die „Ehesteuer“, die im Für und Wider die Öffentlichkeit so stark erregt hatte, ist gefallen. Nachdem der Bundesrat diese Steuer abgelehnt hatte, wurde sie mit starker Mehrheit abgelehnt. Damit ist es auch im Streit um das Problem Doppelverdienst stiller geworden. Wir wollen das Thema mit der nachfolgenden Zuschrift abschließen.

E. L., Hauptverwaltung: In den meisten Zuschriften an unser Mitteilungsblatt wurde das Problem „Doppelverdienst“ fast nur von der Seite der finanziellen Not junger Eheleute beleuchtet. Man führte die Kriegsschäden ins Feld (andere leiden genau so darunter), ja man drohte sogar mit der Führung einer wilden Ehe, um einer vermeintlich ungerechten Besteuerung zu entgehen. Es gibt aber noch viel größere Notstände, und keine der Zuschriften hat das Problem mit der großen Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht. Ist es nicht für jeden anständig denkenden Menschen beschämend, zu wissen, daß für jede verdienende Ehefrau eine Kriegerwitwe, ein Kriegsbeschädigter, Heimkehrer oder gar Familienvater der größten Not ausgesetzt ist?

Der wahre Zweck des Verdienens ist es doch, daß man damit seinen Lebensunterhalt bestreitet. Da nun die verdienende Ehefrau ihren gesamten Lebensunterhalt schon einmal aus dem Verdienst des Mannes erhält, dürfte der Begriff „Doppelverdienst“ gar nicht so abwegig sein. Welche Formen die Arbeitslosigkeit annähme, wenn fast alle Ehefrauen von dem betreffenden Recht Gebrauch machen würden?

Man sollte deshalb auch zu einem Opfer bereit sein. Ein Mittelweg: zeitliche Begrenzung des Mitverdienens.

Schornsteinbauer

Anläßlich der Neubefestigung der drei Kamine im Walzwerk Barop schickt uns Lore Müller folgendes Gedicht:

Hallo, ihr Männer auf dem Steg!
Ergriffen seh ich, Ring um Ring
den Schornstein euch umfassen,
wie leichtes Spiel auf sicherem Weg
die Wechslung schnell vollbringen.
Ein Echo trägt der Wind — kling, kling,
vom Schlag des Hammers auf die Straßen.
Ein Wohllaut tönt in seinem Singen.

Es ist die alte schöne Weis'
vom Einsatz, Kraft und Mut.
Sie hält mich froh umfassen.
Ein Widerhall im Herzen leis'
läßt mich im Geiste mitaufsteigen.
Hoch raget in der Sonnenglut
des Schornsteins Spitze dunstumhangen.
Bald schließt der letzte Ring den Reigen.

Kein Beifall nach vollbrachtem Werk.
Versonnen schaut ihr still umher,
das Ruhrland euch zu Füßen.
Wie Ritter kühn auf hohem Berg
erblickt ihr ferne Weiten.
Der Himmel gleicht dem großen Meer,
verspielte Wolken silbern grüßen,
auf ihrem Rücken Zeiten reiten.

Was will der Schumanplan?

Täglich wird in öffentlichen Diskussionen und in privaten Gesprächen der Schumanplan behandelt, so daß wir uns für verpflichtet halten, seine wesentlichsten Bestimmungen und Ziele, aber auch die gewichtigen Stimmen des Für und Wider an dieser Stelle zu veröffentlichen. Wir sind der Meinung, daß es in Anbetracht der ungeheuren Bedeutung, die dieser Plan so oder so für die Bundesrepublik und für die deutsche Wirtschaft, vor allem aber für unsere Stahlindustrie und damit für jeden einzelnen von uns hat, durchaus notwendig ist, daß jeder sich mit ihm auseinandersetzt.

Was sagt die Regierung?

In verschiedenen offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung, des Bundeskanzlers bzw. Außenministers und des Staatssekretärs von Hallstein wurde folgendes herausgestellt, wobei wir gerade diesen Erklärungen einen besonders breiten Raum geben müssen, vor allem auch, weil sie auf die Vorgeschichte eingehen.

Das Ziel des Planes ist:

Kraft und Stärke durch wirtschaftlichen Zusammenschluß; soziale Sicherheit, Wohlstand und ein besseres Leben durch gemeinsames Handeln in einem Wirtschaftsraum von 160 Millionen Europäer.

Am 9. Mai 1950, als der französische Ministerrat seinen Vorschlag bekanntgab, eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu schaffen, rasten die Telefone, Fernschreiber und Funkanlagen der internationalen Presse. Der Plan war eine ungeheure Überraschung. Beim Erscheinen der ersten Zeitungen auf den Straßen der europäischen Hauptstädte hatte er schon seinen Namen: Schumanplan. Die Presse hatte ihn benannt nach dem Außenminister, der ihn im französischen Kabinett durchgesetzt hatte.

Ein Jahr lang wurde zwischen den europäischen Staaten verhandelt. Für und Wider wurden erörtert. Am 18. April 1951 wurde der Schumanplan von den Regierungen der sechs Mitgliedstaaten Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien und Holland unterzeichnet. Jetzt haben die Parlamente das Wort. Der Plan wird in Kraft treten, wenn ihn die Volksvertretungen bestätigt und zum Gesetz erhoben haben.

Wir müssen uns entscheiden. Mit der Ratifizierung des Schumanplanes wird für die nächsten 50 Jahre eine Entscheidung über den wichtigsten Teil der westeuropäischen Wirtschaft fallen. Jeder Deutsche sollte sich über diesen Vorgang Klarheit verschaffen, denn die Ruhrproduktion, Deutschlands industrielles Herz, wird der Kern der neuen Wirtschaftsgemeinschaft sein.

Europa hat eine natürliche Industriebasis

Vom westfälischen Hamm westwärts bis zur holländischen Grenze, dann weiter quer durch Belgien bis nach Nordfrankreich in die Gegend von Cambrai erstreckt sich das große Steinkohlengebiet, das die Wiege der westeuropäischen Industrie ist. Wer Kohle hat, kann Stahl erzeugen. Kohle und Stahl aber sind die Voraussetzung für jede andere industrielle Produktion.

Wo Kohle liegt, kann man billig Eisen und Stahl produzieren, denn man spart die hohen Transportkosten. So entwickelte sich entlang dem Kohlenvorkommen zwischen Hamm und Cambrai das größte europäische Industriezentrum. Der Hauptteil des Kohlengebietes liegt auf deutschem Boden, und so wurde das Ruhrgebiet zum größten Industriezentrum des Kontinents. Die Kohle-Stahl-Industrie Belgiens und Luxemburgs ist dagegen wesentlich kleiner. Aber für den einzelnen Einwohner und für die Volkswirtschaft dieser Länder hat sie eine entscheidendere Bedeutung als in Deutschland.

In Deutschland macht der Jahresumsatz in der Stahlwirtschaft etwa 10 Prozent des gesamten deutschen Arbeitsergebnisses aus. In Luxemburg und Belgien ist dieser Anteil sehr viel größer, während er in Frankreich niedriger liegt. In Italien und Holland ist der Anteil am niedrigsten. Es ergibt sich daraus, daß die Volkswirtschaften

der Schumanplan-Länder in einem sehr verschiedenen Maße von der Kohle- und der Stahlwirtschaft abhängig sind.

Deutschland steht nicht nur bei der Steinkohlenförderung, sondern auch bei der Erzeugung von Stahl unter den Schumanplan-Ländern an erster Stelle. Dabei darf nicht übersehen werden, daß hohe und rentable Stahlherzeugung abhängig ist von ausländischen Eisenerzeinfuhren.

In der Eisenerzförderung ist wieder Frankreich führend. Etwa 37 Prozent der deutschen Erzeinfuhr kommen aus Frankreich, und so basiert die deutsche Stahlerzeugung zu einem großen Teil auf Frankreichs Eisenerzen.

Kohle + Stahl = Lebensstandard

Auf Kohle und Stahl beruht der Lebensstandard der Industrievölker. Auf Kohle und Stahl beruht aber auch die Kriegsmacht des Volkes. Kein Volk ohne Stahl könnte einen Krieg führen, sei es zum Angriff oder zur Verteidigung. Darum wird die Stahlproduktion eines Landes auch immer mit großem Interesse und großem Argwohn von den Nachbarländern verfolgt. Jeder sieht in jedem den möglichen Gegner von morgen und ist bestrebt, seine Schwerindustrie notfalls auch ohne Rücksicht auf Rentabilität unabhängig vom Nachbar auszubauen. Die Folge davon ist, daß Kohle- und Stahlerzeugung einem Gewirr von freien und künstlichen Preisen unterliegen, die nationaler Egoismus diktiert. Aus- und Einfuhr werden von Zolsschranken behindert und durch eine Unzahl verschiedenster Kampf- und Vorzugstarife erschwert. Auf diese Weise wird eine natürliche Ausweitung der Produktion gehemmt und der Verbrauch gedrosselt.

Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges war die Zersplitterung Europas im Politischen wie im Wirtschaftlichen die Ursache des Prinzips vom Gleichgewicht der Kräfte. Keiner sollte die Überhand gewinnen. Ein kompliziertes politisches Spiel und nicht zuletzt immer wieder ausgelöste Kriege waren notwendig, um dieses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Mit dem Vordringen der Sowjetunion bis zur Elbe stürzte dieses System zusammen. Jetzt gibt es im europäisch-asiatischen Raum nur noch eine Großmacht, die mit allen Mitteln versucht, ihren Einfluß auf Kosten der anderen auszuweihen. Aber auch die Männer im Kreml können bei ihren Plänen an Tatsachen nicht vorbeisehen: Diese Tatsachen sind die Produktionsziffern von Kohle und Stahl.

Die Vereinigten Staaten erzeugen fast die Hälfte der Stahlproduktion in der Welt. 30 Prozent der Stahlerzeugung kommen auf die Marshallplan-Länder, während Sowjetrußland nur 18 Prozent erzeugt. Das sind die Tatsachen. Darum ist die sowjetische Taktik Beibehaltung der Zersplitterung Europas und Verhinderung eines Zusammenschlusses. Europas Schwäche ist Stalins Stärke. Nur ein politisch und wirtschaftlich uneiniges Europa bietet den Sowjets eine Chance.

Europäische Zollunion

Der Schumanplan will auf dem wichtigsten Teilgebiet der Wirtschaft — Kohle, Stahl und Eisen — eine moderne europäische Zollunion schaffen. Es entsteht ein Block in der Größenordnung der USA, der mehr als 200 Millionen Tonnen Steinkohle und mehr als 30 Millionen Tonnen Stahl erzeugt und der über einen Markt von 160 Millionen Menschen verfügt. Dieser Block der sechs Schumanplan-Länder erzeugt bereits heute mehr Kohle und mehr Stahl als die Sowjetunion. Es ist aber das Ziel des Schumanplanes, die Produktion

noch mehr zu steigern und den Verbrauch auszuweiten.

Die Montan-Union des Schumanplanes ist eine echte Interessengemeinschaft mit gleichberechtigten Partnern. Regelung der Produktion nach modernsten technischen und ökonomischen Gesichtspunkten sowie nach den Bedürfnissen eines gemeinsamen Marktes von 160 Millionen Verbrauchern sind die Hauptkennzeichen des Planes. Niedrige Preise sind sein Ziel.

Die Mitgliederländer der Kohle-Stahl-Union bleiben souveräne Staaten, die lediglich einen Teil ihrer Hoheitsrechte auf die überstaatliche Gemeinschaft übertragen. Im allgemeinen sind es diejenigen Rechte, die bisher die einzelnen Wirtschaftsministerien auf dem Gebiet von Kohle und Stahl ausübten. Der Schumanplan ist kein Kartell, sondern eine Wirtschaftsgemeinschaft, die den Völkern dienen soll und allen Mitgliedern der Gemeinschaft Zugang zu den Produktionsquellen sichert.

Die Schumanplan-Länder haben zur Zeit verschiedene Produktionspreise für Kohle und Stahl. Wenn der gemeinsame Markt nicht plötzlich der Stillegung der teuren produzierenden Unternehmungen zu Preissteigerungen oder anderen Störungen führen soll, müssen die Produktionspreise einander angeglichen werden. Darum ist im Schumanplan eine Reihe von Übergangsbestimmungen eingebaut. Die teuren produzierenden Länder, hauptsächlich Belgien und Italien, sollen Gelegenheit haben, ihre Produktion zu rationalisieren, ehe die Zollschränken fallen. Für die Übergangszeit von fünf Jahren erhalten sie Subventionen, die teils durch eine Umlage auf die Preise der unter dem Durchschnittspreis produzierenden Länder, teils durch die eigenen Regierungen aufgebracht werden.

Nach Ablauf der Übergangszeit sollen die Schlagbäume für Eisen und Stahl, Mineralerze, Schrott und Kohle endgültig

könnte es „organisierte Konkurrenz“ nennen. Der Grundgedanke des Wettbewerbs bleibt bestehen, um dem besseren Produzenten vor dem schlechteren den Vorrang zu geben. Auf der anderen Seite aber sollen korrigierende Eingriffe im Interesse aller möglich sein, um zu verhindern, daß ungerechtfertigt Vorteile zum Schaden des Ganzen ausgenutzt werden.

Kartellverbote und Verflechtungskontrolle haben in diesem Gedanken ihre Wurzel.

Der beste Produzent soll bevorzugt werden, natürliche Vorteile des Standortes sollen zur Geltung kommen, aber es sollen sich nicht aus ökonomischen oder politischen Gründen Schwache verbünden dürfen, um den Gesunden an seiner Entwicklung zu hindern. Kohle und Stahl sollen schließlich — von allen nationalwirtschaftlichen Fesseln befreit — das Fundament des europäischen Wohlstandes sein.

Sozialpolitische Bestimmungen

Die Bedeutung des Schumanplanes für die sozialen Fragen der Arbeiterschaft geht daraus hervor, daß zum ersten Male sozialpolitische Bestimmungen in einem internationalen Vertragswerk fixiert wurden. Wenn auch die Sozialpolitik weiterhin Sache der einzelnen Staaten bleibt, so kann die Hohe Behörde doch in besonderen Fällen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingreifen. Sie kann zum Beispiel eine Erhöhung der Löhne in der Montanindustrie eines Landes fordern, wenn diese im Vergleich zu den Löhnen anderer Industriezweige ungerechtfertigt niedrig sind. Sie kann ferner alle Maßnahmen in die Wege leiten, um regionale Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die aus technischen Neuerungen oder Produktionsumstellungen auftreten könnte. Die Hohe Behörde wird auch Schritte unternehmen, um den Facharbeitern Freizügigkeit im ganzen europäischen Raum zu verschaffen.

Das Schicksal der europäischen Völker liegt im Zusammenschluß, nicht im eifersüchtigen Auseinanderstreben, das nur zum politischen und wirtschaftlichen Untergang führen würde.

Garantie für den Frieden

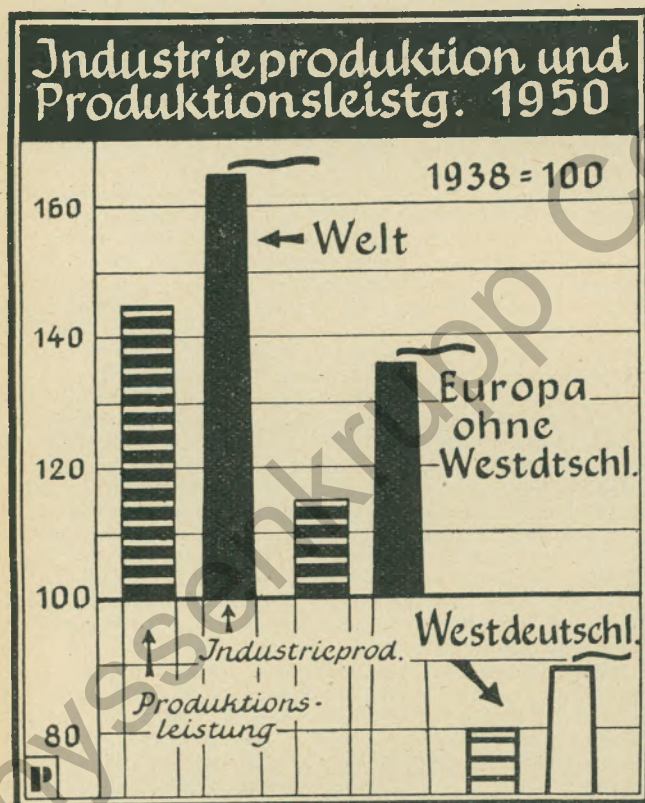
Der Schumanplan ist eine Garantie für den Frieden. Verbunden mit der westlichen Welt, wird Europa durch Kraft und durch Stärke den Frieden sichern. Der russische Koloss verliert so jeden lähmenden Schrecken. Das deutsch-französische Verhältnis war immer die Schicksalsfrage Europas.

Der Schumanplan will einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich für alle Zeiten ausschließen. Deshalb soll der Aufbau nationaler Rüstungswirtschaften verhindert werden.

Durch nichts kann das besser geschehen als durch die Übertragung der Hoheitsrechte über Kohle und Stahl — die beiden Grundelemente des modernen Krieges — auf eine gemeinsame überstaatliche europäische Behörde im Dienste des Friedens.

Der Bundeskanzler sagte am 20. April in Paris: „Der Inhalt des Schumanplanes ist wirtschaftlich sicher von größter Bedeutung, aber von noch größerer Bedeutung ist die Idee, die ihm zugrunde liegt und die in ihm zum Ausdruck gekommen ist. Dieser ideelle Gedanke ist der, eine wahrhaftige Gemeinschaft der europäischen Länder zu schaffen auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung. Gemeinschaft gibt es nur dann, wenn alle Mitglieder der Gemeinschaft gleichberechtigt sind. Ich glaube, jeder, dem die Sache Europas mehr ist als ein bloßes Schlagwort, mehr ist als ein Propagandawort, sondern dem die Sache eine heilige Angelegenheit ist, kann die Unterzeichnung des Schumanplanes nur mit tiefster innerer Befriedigung begrüßen und gutheißen. Ich bin der Überzeugung, daß die Unterzeichnung des Schumanplanes sich weiter auswirken wird auf den verschiedensten politischen Gebieten und daß der Gedanke der Gemeinschaft gleichberechtigter europäischer Nationen einen Triumphzug feiern wird.“

Wenn in Europa zunächst für Kohle und Stahl, später auch für landwirtschaftliche Erzeugung, Energiewirtschaft und Verkehr und zuletzt auf dem politischen Gebiet eine Föderation zustande kommt, werden endlich die unglückseligen Konfliktstoffe aus der Vergangenheit beseitigt. Dann tritt an die Stelle des trennenden Nationalismus ein wirklicher europäischer Patriotismus. In einem solchen Europa wird die Arbeit und Leistung der europäischen Menschen nicht mehr in Streit und in Kriegen vergeudet, sondern Grundlage für Wohlstand und Freiheit sein.



verschwinden. Die Frachten sollen vereinheitlicht sein. Die Verbraucher in den Schumanplan-Ländern sollen grundsätzlich für gleiche Preise kaufen können.

„Organisierte Konkurrenz“

Die natürlichen Wettbewerbsbedingungen, die durch Qualität und Transportweg bestimmt sind, bleiben im Schumanplan erhalten. Maßnahmen, die den freien Fluß der Güter innerhalb der neuen Gemeinschaft behindern, werden aber unmöglich gemacht. Der Leitgedanke dabei ist, einen Mittelweg zwischen Wirtschaftslenkung und freier Konkurrenz zu finden. Man

Was sagt die Opposition?

Der Führer der Opposition, Dr. Kurt Schumacher, erklärte in seiner bekannten Hagener Rede:

„In seiner Außenpolitik ist Adenauer vom Nationalismus der ersten Nachkriegsjahre zu einer fortwährenden Nachgiebigkeit in entscheidenden Lebensfragen gekommen. Europa ist nur möglich, wenn der echte Wille besteht, nationale Interessen der gemeinsamen Sache unterzuordnen. Die Festsetzung der Exportquote ist jedoch ein schlagendes Beispiel dafür, daß deutsche Interessen nicht berücksichtigt werden. Sie zeigt deutlich, daß das Ruhrgebiet nicht als ein Teil Deutschlands, sondern als europäisches Eigentum betrachtet wird. Die Nationalisten und Kommunisten anderer Länder sind sich darüber einig, Deutschland gemeinsam die Gleichberechtigung zu bestreiten. Die Tendenz Frankreichs insbesondere besteht darin, Deutschland zum Rohstofflieferanten zu machen, die deutsche Eisen- und Stahlindustrie aber weit unter dem Niveau einer echten Friedensproduktion zu beschränken. Diese Politik soll Deutschland im Schumanplan durch eigene Unterschrift und eigene moralische Verpflichtung bestätigen. Der Schumanplan schafft nichts anderes als eine Westeuropäische AG., deren deutscher Anteil stark überfremdet sein wird. Heute schon zwingt man uns, deutsche Kohle auszuführen und viel teure amerikanische Kohle zu importieren, um unsere Wirtschaft in

Gang zu halten. Die gleichen Kräfte, die das tun, werden aber morgen bestimmend im Schumanplan sein.

Der Schumanplan bedeutet die politische und wirtschaftliche Deklassierung Deutschlands mit unheilvollen wirtschaftlichen Folgen besonders für alle schaffenden Menschen im Ruhrgebiet. Die wirtschaftliche Fortentwicklung der deutschen Montanindustrie wird unterbunden. Eine Massenarbeitslosigkeit an der Ruhr aber bedeutet zugleich Gefährdung der Demokratie in Deutschland. Europa kann seine Funktion gegen den totalitären Osten aber nur dann erfüllen, wenn es nach den Prinzipien der Gerechtigkeit aufgebaut wird. Stellt man aber Deutschland nach den Bestimmungen des Schumanplanes unter Ausnahme recht, dann verrät man Europa. Es ist unerträglich, wenn man die Erfüllung national-egoistischer Ziele Frankreichs durchführt, der deutschen Opposition aber Nationalismus vorwirft. Man muß ein guter Deutscher sein, um ein guter Internationalist sein zu können. Alliiert aber ist nicht international. Weil die SPD europäisch denkt, darum kämpft sie für die Lebensrechte des deutschen Volkes.

Der Phrasennebel um den Schumanplan zerreißt, und der Gedanke bricht sich Bahn, daß man Freiheit und Gleichheit nicht nur dem Einzelmenschen, sondern auch den Völkern geben muß, wenn die europäische Gemeinschaft Blut und Leben erhalten soll.“

Was sagt die Industrie?

Nach den offiziellen Verlautbarungen, wie sie auf den verschiedenen Industrie- und Unternehmertagungen geäußert wurden, wird dem Schumanplan zugestimmt. Daß es aber

auch hier nicht an warnenden Stimmen fehlt, zeigen folgende Stellungnahmen:

Eisenarbeiter in die Bergwerke

„Wenn nach dem Morgenthauplan die Kohlen- und Eisenarbeiter noch auf die grüne Wiese getrieben werden sollten, so ist die in der ‚Neuen Zeitung‘ (offizielles Organ der amerikanischen Militärregierung, d. Red.) jetzt vertretene Auffassung doch schon etwas humaner geworden, indem sie die Eisenarbeiter jetzt nur noch in die Bergwerke treiben will. So sagt die ‚Neue Zeitung‘:

„Für die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft fällt die Sicherung einer Beschäftigung von 440 000 Bergarbeitern stärker ins Gewicht als die von 130 000 Stahlarbeitern.“

Es ist nur gut, daß wir hier den Willen für die Tat nehmen müssen. Denn zunächst geht es nicht nur um 130 000 Stahlarbeiter, sondern um 200 000 und darüber hinaus um die zehnfache Anzahl von Arbeitern in der eisenverarbeitenden Industrie, ferner im Schiffbau, Hochbau, Maschinenbau, Fahrzeugbau usw. Gerade diese Industriearbeiter sind es, die durch ihren Export für die Lebensmittel sorgen, die Deutschland nach der Abtrennung der Ostgebiete täglich einführen muß, um die durch neun Millionen Flüchtlinge angewachsene Bevölkerung ernähren zu können.“ (K. P. Harten, Düsseldorf, in „Der Volkswirt“, Frankfurt).

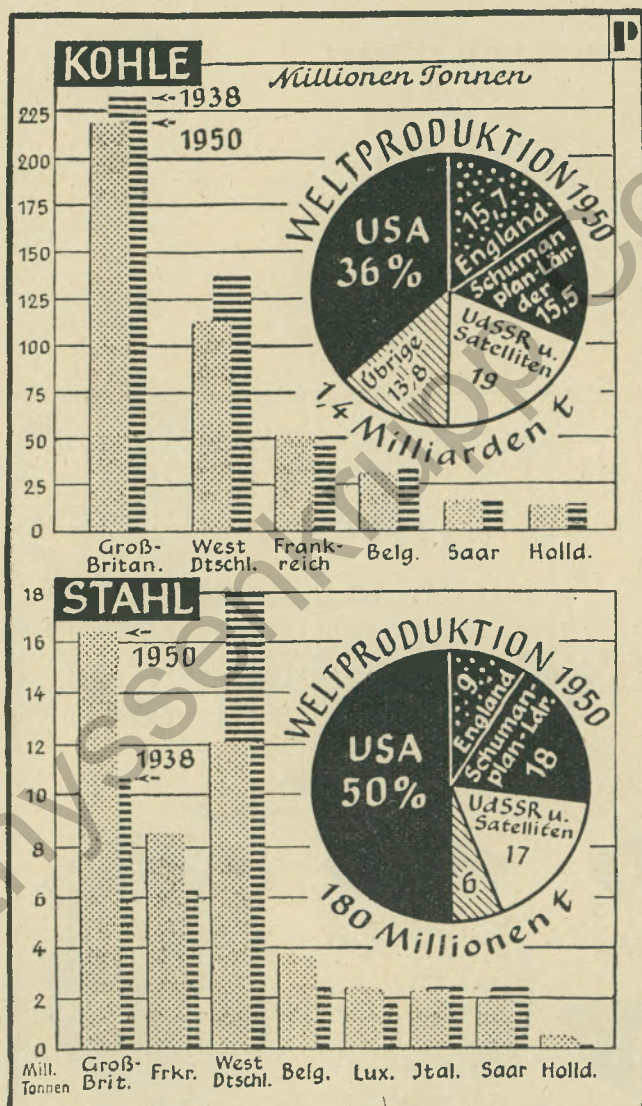
Deutsche Stahlproduktion soll gehemmt werden

Die „Wirtschafts-Zeitung“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 30. Mai 1951:

„In einer ‚offensichtlichen Krise‘ kann die Hohe Behörde mit Zustimmung des Rates ein ‚System der Erzeugungsquoten‘ einführen; sie kann durch einstimmigen Beschluß des Ministerrates im Bedarfsfalle dazu verpflichtet werden. In einer solchen Lage setzt die Hohe Behörde ‚angemessene Quoten‘ fest, und sie kann ‚die Kapazitätsausnutzung der Unternehmungen durch geeignete Umlagen auf die Mengen regeln, die ein Vergleichsniveau überschreiten‘. Das Aufkommen aus den Umlagen wird zur Unterstützung der hinter den Quoten zurückbleibenden Unternehmungen verwendet.

Es greift also eine Politik der Protektion, der Stattheit, Platz, keine Auflockerung; der gerade in der Stockung den ökonomischen Fortschritt bringende Wettbewerb wird unterbunden. In dieser ‚Gemeinschaft‘ geht es eben, das muß man sich immer wieder vor Augen halten, auch um zwei politische Hauptanliegen:

die französische Stahlproduktion vor zu viel deutscher Konkurrenz, erst recht in der Baisse, zu bewahren und die deutsche Stahlproduktion an zu viel Entfaltung, erst recht in der für sie chancenreicheren Baisse, zu hemmen.“



Weltproduktion von Kohle und Stahl 1938 und 1950

Wer bringt Opfer?

In einem Artikel der Deutschen Wirtschaftszeitung „Handelsblatt“, Düsseldorf, vom 6. Juni 1951, heißt es:

„Die westdeutsche Industrie bejaht nach wie vor die Grundkonzeption des Schumanplanes. Man kann es ihr aber nicht verdenken, daß sie, gerade um die Ziele des Planes zu fördern, bei seiner Durchführung eine stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Realitäten und eine verstärkte Einschaltung der beteiligten Industrien fordert...

Wenn nun Staatssekretär Prof. Hallstein die Ansicht vertritt, nicht die Unternehmer, sondern die Wirtschaftsminister der beteiligten Länder würden bei der Verwirklichung des Schumanplanes gewisse Opfer durch den Verzicht auf einen Teil ihrer Zuständigkeiten zu bringen haben, so scheint uns das allerdings eine Bagatellisierung der unbestreitbaren Opfer zu sein, die namentlich von der deutschen Montanindustrie gefordert werden. Im ersten Jahr des fünfjährigen Übergangsstadiums sind von ihr immerhin etwas mehr als 66 Millionen DM an Ausgleichszahlungen zu leisten, und auch in den nächsten vier Jahren muß sie einen — wenn auch von Jahr zu Jahr um 20 Prozent ermäßigten Beitrag in die Ausgleichskasse zahlen. Das aber ist nicht einmal das Entscheidende. Wesentlich größer ist das Opfer, das von der westdeutschen Montanindustrie durch den erzwungenen Verzicht auf eine wirklich ausreichende Verbundwirtschaft und auf den zentralen Kohlenverkauf gefordert wird.

Gewiß ist es das wirtschaftliche Ziel des Schumanplanes, im Rahmen des erstrebten einheitlichen Marktes die natürlichen Unterschiede in den Wettbewerbsbedingungen der

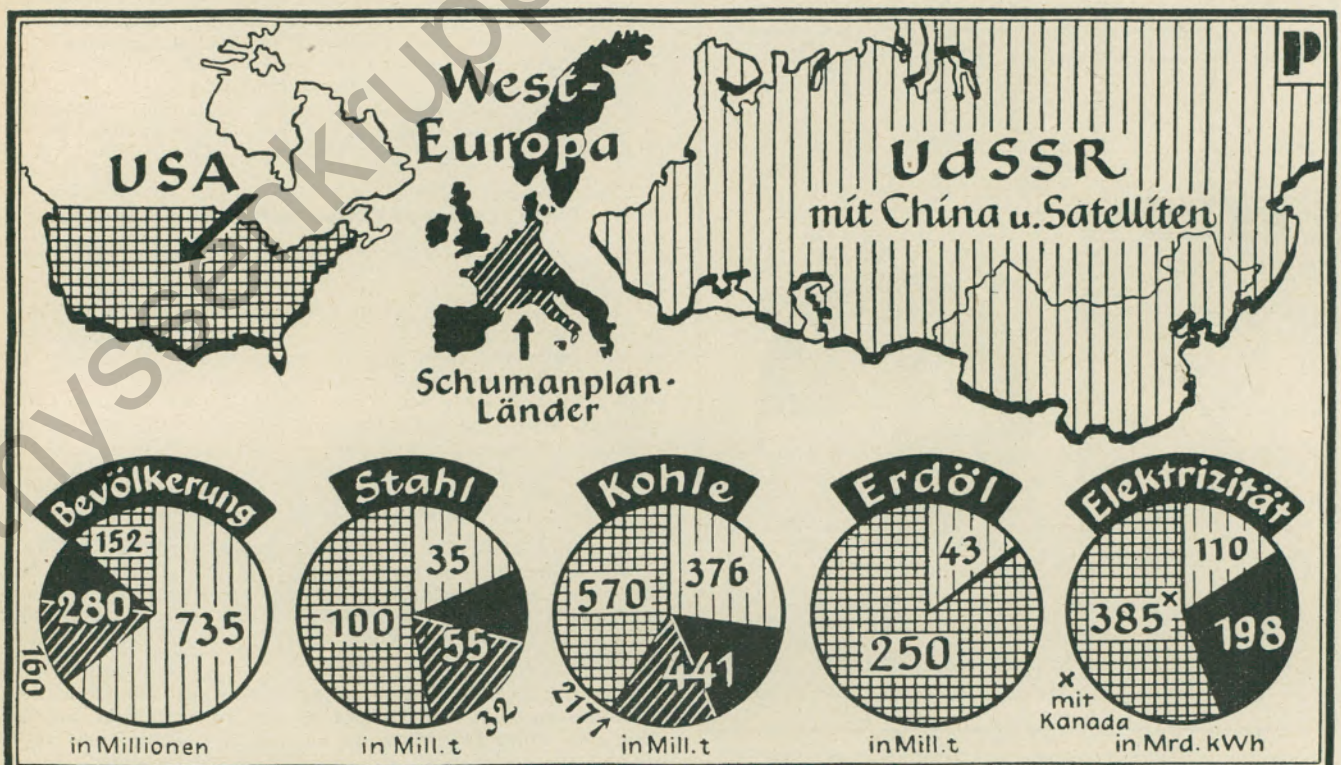
beteiligten Industrien derart zum Zuge kommen zu lassen, daß der bessere Produzent den schlechteren verdrängt, die Produktion dadurch verbilligt und der Konsum gesteigert wird. Das mag sich auf die Entwicklung des Ruhrbergbaues günstig auswirken, der nach Ablauf der Übergangszeit allmählich einen zusätzlichen Förderanteil von etwa zehn Millionen Tonnen im Jahr von den unrentablen belgischen und französischen Zechen, die geschlossen werden sollen, zu übernehmen haben wird. Wie aber kann der Kohlenbedarf der westdeutschen Wirtschaft sichergestellt werden, wenn die Nachfrage der anderen westeuropäischen Länder nach Ruhrkohle nicht nachlassen sollte und an die Stelle der Ruhrbehörde die Hohe Behörde als oberste Instanz für die Kohleverteilung treten wird? Wie wird es nach dem Abbau der Zollschränken zwischen den Mitgliedsstaaten der Montanunion um die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Stahlindustrie bestellt sein, die ihre Anlagen bisher noch nicht so weitgehend wie die Stahlindustrien Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens erneuern und modernisieren konnte? Wird die Hohe Behörde die deutsche Absicht, im Ruhrgebiet ein modernes Breitbandwalzwerk als Ersatz für die demontierte Anlage in Dinslaken zu errichten, so nachdrücklich zu unterstützen, wie es die deutschen Interessen erfordern?...

Staatssekretär Hallstein hat in seinem Düsseldorfer Vortrag vor dem BDI die derzeitige Verfassung der westdeutschen Wirtschaft als eine „Schreibergarten-Organisation“ bezeichnet. Durch den Schumanplan soll aus diesen Schreibergärten endlich eine größere Einheit werden, die einen höheren Ertrag abzuwerfen verspricht. Die Politiker sollten nun aber, damit es wirklich erreicht wird, dem „Schreibergärtner“, d.h. also der beteiligten Industrie, nicht länger verwehren, hieran aktiv und unter eigener Verantwortung mitzuwirken.“

Was sagen die Gewerkschaften?

„Angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen Bedeutung und Auswirkung des Schumanplanes haben sich selbstverständlich die Gewerkschaften von Anfang an mit diesem Problem intensiv beschäftigt. Sie haben nicht nur stets die Idee des Planes gutgeheißen, sondern sich auch aktiv an seiner Ausgestaltung beteiligt. Die Kollegen Hans vom Hoff und Dr. Wagenführ und Dr. Grosse als Wirtschaftsexperten haben im Auftrage des DGB im vorbereitenden Hauptausschuß sowie den Unterausschüssen die Auf-

fassungen und Interessen der Gewerkschaften bei der Festlegung der einzelnen Bestimmungen des Planes vertreten. Dadurch ist es gelungen, in dem Vertragsentwurf eine Reihe für Arbeitnehmer und Gewerkschaften sehr positiver Bestimmungen (für Vollbeschäftigung, Lohnsicherung, Erhöhung des Lebensstandards durch Produktionssteigerung usw.) einzubauen und bei der Durchführung des Planes den Gewerkschaften einen erheblichen Einfluß zu sichern. Hierzu gehört die Bestimmung, daß der Hohen Behörde ein Ver-



treter der Gewerkschaften und dem Beratenden Ausschuß ein Drittel der Vertreter der Gewerkschaften angehören müssen.

Nachdem nun der Vertrag endgültig vorliegt und die Frage der Annahme oder Ablehnung vor den Parlamenten steht, haben DGB-Vorstand und Ausschuß in ihren Sitzungen am 7. Mai in Frankfurt Stellung genommen. Nach gründlicher, zwölfstündiger Beratung, bei der das Für und Wider eingehend behandelt wurde, kam es zu folgender einmütig gefaßter

Entschliebung:

Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner heutigen Sitzung in Frankfurt/Main eingehend mit dem Schumanplan und seiner Bedeutung für die deutsche und europäische Wirtschaft befaßt.

Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist der Auffassung, daß vor Ratifizierung aller noch bestehenden Bestimmungen der Besatzungsmächte, die eine Gleichberechtigung in der Wirtschaft bisher verhinderten, ohne Einschränkung aufgehoben werden müssen. Hierzu gehört vor allen Dingen, daß nach den in Paris getroffenen Absprachen sofort eine Kommission eingesetzt wird, die unverzüglich eine Regelung des Kohlenabsatzes vorschlägt, wie er den deutschen wirtschaftlichen Notwendigkeiten entspricht.

Ferner muß auf dem Gebiete der Stahlerzeugung jede Beschränkung fallen und die Gewähr für eine gesunde Fortentwicklung unter Berücksichtigung des deutschen Nachholbedarfs gegeben werden. Die Neuordnung nach dem alliierten Gesetz Nr. 27 muß ferner in dem Geiste erfolgen, der in der Präambel und den grundlegenden Artikeln des Schumanplanes zum Ausdruck kommt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die Idee des Schumanplanes bejaht und an seiner Gestaltung mitgearbeitet. Er wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß vor Ratifizierung des Vertrages die obenerwähnten Punkte einer befriedigenden Regelung zugeführt werden, um dadurch auch für Deutschland die Voraussetzungen für eine Steigerung der Produktion und einen höheren Lebensstandard zu schaffen.

Wie der Beschluß zeigt, haben sich damit DGB-Vorstand und -Ausschuß weder für die Annahme noch für die

Ablehnung des Planes ausgesprochen. Sie wollen jedoch durch ihren Beschluß mitwirken, daß die notwendigen Voraussetzungen für eine auch für die Bundesrepublik erfolgreiche Durchführung des Planes geschaffen werden. Sie verlangen die schnelle Beseitigung aller die deutsche Wirtschaft hemmenden Bestimmungen.

Ein Vertragswerk wie der Schumanplan ist ein Schritt in völliges Neuland, es wird niemals auf den ersten Anhauf vollkommen frei von Fehlern und Ressentiments sein. Aber man müßte an der Menschheit und der Möglichkeit einer Völkerverständigung verzweifeln, wenn es nicht gelingen sollte, erkannte Fehler in ständigem Zusammenwirken zu beseitigen und trotz aller Widerstände zum Nutzen aller Völker ein vereinigtes Europa zu schaffen. „Die Gewerkschaften werden ihrer ganzen Natur nach stets die Kraft darstellen, die dafür in vorderster Linie kämpft“, erklärt August Enderle in der Juni-Ausgabe 1951 in „Die Quelle“, Funktionärorgan des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften

veröffentlichte folgende Erklärung:

„Der am 23. Mai 1951 in Luxemburg unter dem Vorsitz des Generalsekretärs Oldenbroek versammelte Unterausschuß des IBFG für den Schumanplan stellt nach Kenntnisnahme der vom Bundesausschuß des DGB einstimmig angenommenen Resolution vom 7. Mai 1951 und nach Entgegennahme der Erklärung der deutschen Delegation über diesen Punkt mit Befriedigung fest, daß die Gewerkschaftszentralen der vertretenen Länder nach wie vor einstimmig den grundlegenden Ideen des Schumanplanes ihre Zustimmung geben, und bestätigt von neuem, daß entsprechend den leitenden Grundsätzen des Planes für die europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft und entsprechend der internationalen Grundhaltung des IBFG alle wirtschaftlichen Diskriminierungen in der schnellstmöglichen Zeit ausgeschaltet werden müssen.“

Der Unterausschuß richtet die Aufmerksamkeit des Exekutiv Ausschusses des IBFG auf diese Frage und empfiehlt ihm, schnellstmöglich die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Abhilfe zu schaffen.

Der Unterausschuß betont im Einverständnis mit dem IBFG, daß die Verwirklichung der europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft im Interesse des Friedens und der Demokratie in Europa nicht länger hinausgeschoben werden darf.“

Was sagt Frankreich?

Die französische Industrie:

Die Holding-Gesellschaft der zum Schneider-Le-Creusot-Konzern gehörenden Unternehmen, die „Schneider et Cie“, wendet sich, wie zahlreiche andere französische Stahlgesellschaften, in ihrem Geschäftsbericht für 1950 gegen die angebliche Bedrohung des geplanten europäischen Einheitsmarktes durch die westdeutsche Industrie.

Die stark verschuldeten französischen Werke, denen die französische Regierung durch ungenügende Preise nicht Gelegenheit gäbe, die notwendigen Abschreibungen und Rückstellungen vorzunehmen und aus der gegenwärtigen Situation Gewinne zu ziehen, würden durch den Schumanplan sogar auf dem Inlandsmarkt dem ungehinderten Wettbewerb der ausländischen Konkurrenten ausgesetzt, die über große Bankguthaben verfügen.

Die Schneider-Verwaltung warnt vor den Schlußfolgerungen, die ein „Kollegium praktisch allmächtiger internationaler Experten aus diesem Tatbestand ziehen könnte“.

Und im Rahmen dieses Kollegiums, so heißt es weiter, würde Deutschland das volle Gewicht seiner mächtigen, von der Regierung stark gestützten Industrie geltend machen.

Aus diesem Grunde müßten die verantwortlichen Franzosen, so lange es Zeit sei, die notwendigen Abänderungen am Schumanplanvertrag vornehmen.

Die französischen Gewerkschaften:

Das Comité confédéral national des französischen Gewerkschaftsbundes Force ouvrière hat in einer Entschliebung ernste Bedenken gegen den Schumanplan erhoben. Das Komitee fordert die wirtschaft-

liche Mitbestimmung der Arbeiter bis zu den internationalen Autoritäten und empfiehlt den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen, ohne Verzögerung zu intervenieren, damit die von ihm vermißten sozialen Garantien für die Arbeiterschaft ausgedehnt und präzisiert werden.

Die Entschliebung des französischen Gewerkschaftsbundes stellt im einzelnen fest, daß die Vertretung der Arbeiter im Schumanplan besonders ungenügend sei, da man sie in ein nur beratendes Komitee verbannt habe, das ohne wirkliche Handlungs- und Kontrollfunktionen sei. Der Bundesausschuß empfiehlt den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen weiter, die Einführung einer Klausel zu fordern, die erlaube, die Hohe Behörde nach Ablauf einer bestimmten Zeit und nach dem Prinzip der Mitbestimmung zu ernennen. Die unentbehrliche Kontrolle einer internationalen parlamentarischen Versammlung, die durch die interessierten Nationen gewählt werde, müsse gewährt sein. Der Bundesausschuß, der die Aktion der deutschen Arbeiter für die wirtschaftliche Mitbestimmung für sehr wichtig hält, erklärt, daß es ohne eine ausgedehnte Teilnahme der Arbeiter an allen wirtschaftlichen Entscheidungen, von der untersten Stufe der Arbeiter an bis zu den internationalen Autoritäten, keine mögliche und dauerhafte wirtschaftliche Demokratie gebe. Im Gegenteil sei für eine Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sehr gefährlich, bei der die Verwaltung, die dem Privatkapital entzogen wurde, ohne jede andere als parlamentarische Kontrolle Technikern anvertraut werde, deren hauptsächliche Funktion es sein würde, die freie Konkurrenz während einer industriellen Konjunktur zu sichern und in Perioden von Depressionen die Verteilung der Produkte und der Märkte ebenfalls zu sichern.

Werbung überbrückt Ländergrenzen

Das war das Leitthema des zweiten deutschen Reklame-Kongresses in Hamburg. In einer Reihe grundlegender Referate wurde zu den aktuellen Fragen der Werbung kritisch und wegweisend Stellung genommen.

„Werbung im Dienste der Volkswirtschaft“

Hierüber erklärte Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard: Art und Umfang einer Werbung gibt das vollständigste Bild über die innere Struktur und über die Intensität einer Volkswirtschaft, denn es ist ganz offenkundig, daß einmal mit der Weite des Raumes und zum anderen mit dem wachsenden Sozialprodukt die Produktion und der Verbrauch immer weiter auseinandergerissen werden. Solange die persönliche Fühlungnahme zwischen Fabrikant und Konsument gesichert ist, erscheint Reklame — wenn auch nicht gerade überflüssig — immerhin doch nicht so notwendig wie in einer hochentwickelten Verkehrswirtschaft. Das ist auch der Grund dafür, daß die Werbung seit der Industrialisierung ihr äußeres Gesicht immer wieder verändert hat.

Was ist sie schließlich anderes als das Bedürfnis, die Verbindung mit dem Verbraucher nicht zu verlieren, d. h. am Puls des Lebens zu bleiben! Und Wirtschaft und Leben spielen sich im Verbrauch ab. „Alles Tun wird erst sinnvoll, wenn es dem Konsumenten dient. Über Gut und Böse in der Wirtschaft gibt es nur einen Richter: Das ist der Verbraucher. — Der Werbung ist die volkswirtschaftliche Aufgabe gestellt, das Sozialprodukt in optimaler Weise an den letzten Verbraucher heranzutragen und umgekehrt die Wünsche und Bedürfnisse des letzten Verbrauchers der produzierenden Wirtschaft entgegenzubringen. Angebot und Nachfrage müssen sich in ihrer Größenordnung decken. Das ist das Ziel und der Zweck der Werbung.

Den Problemkreis, der alle die Fragen umschließt, inwiefern man die Werbung als produktiv ansehen kann, behandelte Erhard sinngemäß wie folgt: Es ist natürlich leicht möglich, daß die Werbung eine Art Ressentiment auslöst. Es ist aber töricht, aus solchen Vorstellungen heraus Rücksichtnahmen zu üben und das Maß der Werbung einzuschränken. Werbung wirkt nicht unmittelbar produktiv, aber sie löst Kräfte aus, die in der Folgewirkung Produktivität bedeuten. Vor allem wird sie nicht auf Kosten des Verbrauchs durchgeführt. Erst auf der Grundlage der durch den Einsatz der verschiedensten Werbemittel geschaffenen Möglichkeit kontinuierlicher Produktion und gesicherten Absatzes wird erreicht, daß der Verbraucher zu einem bestimmten Preis allmählich ein immer wertvolleres Gut kaufen kann. Es muß also hinter allen Maßnahmen immer das Streben nach verbesserter Leistung stehen, das durch die Werbung ja zwangsläufig ausgelöst wird. Der volkswirtschaftliche Begriff des Monopols ist zwar theoretisch vertretbar, bedingt aber ebenfalls ein Streben nach Vervollkommenheit des angebotenen Produkts. Wenn es fehlt, dann handelt der Produzent ebenso wie ein Bauer, der seinem Pferd das Fressen abgewöhnen will und der sich schließlich wundert, daß das Tier ungefähr am gleichen Tage zusammenbricht, an dem der Bauer glaubt, sein Ziel erreicht zu haben. Weil aber niemand weiß, was ihm die Konkurrenz morgen bietet, ist es nicht möglich, sich auf einmal errungenen Erfolgen auszuruhen.

Dienst am Kunden ist Dienst am Markt. Die millionenfachen Verhaltensweisen der Menschen finden im Markt ihren natürlichen Ausgleich, und zwar mit Hilfe der Werbung auf organische Weise. Sie ist das geheimnisvolle Mittel, die zivilisierenden Kräfte in der Volkswirtschaft zu vermehren. Sie übt nicht nur Dienst am Kunden, sondern auch Dienst an der Heimat und am deutschen Volke überhaupt!

„Die Rolle der Markenbezeichnung in Amerika“

Max Sherover (USA) erklärte hierzu: Durch jahrelange Beeinflussung mit Hilfe der Werbung können Markenbezeichnungen eine große symbolisierende Kraft erlangen. So kann man z. B. kaum an „Singer“ denken, ohne eine Nähmaschine zu sehen, an den Namen „Shesterfield“, ohne Verlangen nach einer Zigarette zu haben. Aber man dürfe nicht eine volkstümliche Warenbezeichnung — auch nicht für kurze Zeit — vernachlässigen. Vor einigen Jahren war in USA ein nicht-alkoholisches Getränk unter der Marke „Moxy“ auf dem Markt, das großen Absatz bei geringer Konkurrenz

hatte. Die Fabrikanten glaubten, es nicht länger nötig zu haben, ihre Werbetätigkeit fortzusetzen. Sie beschlossen, das Getränk seinem bewährten Ruf zu überlassen. Innerhalb einer kurzen Zeitspanne hatte man die kostspielige Lektion erhalten: Man kann den Blutstrom nicht unterbinden. Es ist daher ersichtlich, daß auch eine Handelsmarke allein den gewünschten Erfolg nicht herbeiführen kann. Ohne Unterstützung durch konzentrierte und fortwährende Werbung ist sie wertlos, so genial ihre Namensgebung auch gewesen sein mag. Derjenige, der sich der Handelsmarke und der Werbung bedient, muß stets die moralische und soziale Verantwortung vor Augen haben, die er als Verpflichtung seinem Kunden gegenüber hat.

„Die kulturelle Bedeutung der Werbung von heute“

Zu diesem Thema sprach Pierre-Georges Bastide (Frankreich): Die Werbung wird nach Form und Inhalt mehr in einer erzieherischen als in einer kaufmännischen Aktion an den Bedarfsträger herangebracht. Millionen Menschen haben durch die Informationen der Werbung einen Lebensstandard erreicht, von dem die gleiche soziale Schicht früher weit entfernt war. Je mehr Menschen gewisse Bedürfnisse und neue Möglichkeiten, diese zu befriedigen, kennenlernen, um so mehr nimmt die Zahl der Käufer derjenigen Produkte zu, die eine Befriedigung dieser Bedürfnisse herbeiführen, und umgekehrt: Je mehr Käufer, um so leichter erlaubt die Produktion in großer Serie, den Preis herabzusetzen und schließlich noch leichter diese Produkte einer größeren Zahl von Käufern und selbst neuen sozialen Verbraucherkreisen zuzuführen.

Wesentlich sei auch die erzieherische Wirkung der Reklame auf die Kinder, die durch die große Zahl gesunder Erfahrungen und wissenswerter Tatsachen ausgeströmt würde. „Die moderne Vervielfältigungstechnik der Werbeaussagen, die eine fast unbegrenzte Verbreitung zulassen, erlaubt erzieherische Aktionen von solchem Umfang, daß eine dadurch erzielte psychologische Wirkung bei weitem die wirtschaftlichen Ziele übertrifft und sowohl den einzelnen wie auch gleichzeitig den Kollektivgeist ganzer sozialer Gruppen oder gar einer nationalen Gemeinschaft beeinflussen kann. Meiner Meinung nach resultiert hieraus, daß jeder, der sich an die Öffentlichkeit wendet, eine moralische und persönliche Verantwortung auf sich nimmt, die dem Verhältnis der Streuung der Werbemittel entspricht. Ohne Verantwortung setzt das materielle Vermögen einer Streuung von Werbung die Zerstörung des unerläßlichen Gleichgewichtes der individuellen Entscheidung und die Verminderung des intellektuellen Niveaus der nationalen Gemeinschaft weiter fort. Es ist daher notwendig, daß die Möglichkeit einer kulturellen Wirkung eines jeden Werbefeldzuges berücksichtigt wird.“ Um das rechte Maß für ein in diesem Sinne positives Verhalten der Werbungtreibenden zu haben, empfahl Bastide, sich an der Äußerung Goethes gegenüber Eckermann zu halten: „Die Hauptsache ist, daß man eine Seele hat, die das Wahre liebt und die es aufnimmt, wo sie es findet!“

„Mittel und Wege der Exportwerbung“

Hierzu sprach W. H. van Baarle (Holland), der folgende Thesen für die Praxis entwickelte: 1. Der Einzelexporteur wird vornehmlich die Steigerung der Kundenzahl erstreben. 2. Kollektive Werbemöglichkeiten eignen sich vor allem zur Erhöhung des Verbrauchs pro Kopf. 3. Von Fall zu Fall ist genau abzuwägen, ob sich die Werbung an Konsumenten, Einzelhändler oder Grossisten richten soll. 4. Die zunehmende Mechanisierung des Verkaufs erschwert die Kundenberatung. Dieser Entwicklung muß die Werbung Rechnung tragen. 5. Die Exportwerbung ist meistens Gemeinschaftswerbung, weil die erforderlichen Aufwendungen vielfach die Kräfte der einzelnen Unternehmung übersteigen und Konkurrenzermäßigungen durch die Größe des Marktes in den Hintergrund treten. 6. Werbethema und Werbemittel sollen unter Berücksichtigung tiefgehender Marktforschung festgestellt werden, die sich auch auf das Sprachgefühl zu erstrecken hat.

„Marktanalyse als Voraussetzung für Exportwerbung“

G. P. Vigart (England) gab als „research officer“ der BETRO auf Grund umfangreicher Erhebungen folgende bemerkens-

werten Ergebnisse bekannt: 1. Der Aufmerksamkeitswert einer Zeitungsanzeige hängt nicht immer von der Größe ab, vor allem dann nicht, wenn die durchschnittliche Größe überschritten wird. 2. Eine halbseitige Anzeige erzielt 70 Prozent des Effekts, den eine ganzseitige erzielt. 3. Eine vierfarbige Anzeige ist um 50 Prozent wirkungsvoller als eine Schwarz-Weiß-Ausführung. 4. Überschriften (Schlagzeilen) von sechs Worten sind um das doppelte wirkungsvoller als solche von zwölf und mehr Worten.

„Die moderne Werbepsychologie“

In Anlehnung an die Ausführungen des Prof. Dr. Arthur Lisowsky (Schweiz) läßt sich die Werbepsychologie als eine Systematisierung der Massenerscheinungen umreißen, und zwar im einzelnen: 1. Masse als bloße Menge; 2. Masse als soziales Gebilde; 3. Masse in der Massensituation (aktuelle Masse).

Aus dieser Gliederung ist zu folgern, daß der Begriff Masse in der Werbung oft unterschiedlich verwendet wird, was etwa dahingehend zu ergänzen ist, daß zu 1. meist eine Käuferschicht bestimmter Art gemeint ist. Sie kann zu einer Gruppe, zu einem sozialen Gebilde werden wie zu 2., nämlich dann, wenn ein Bewußtsein der Zugehörigkeit geschaffen wird (zum Beispiel „die Arbeiter“, „die Intellektuellen“); zu 3. eine vorübergehende, spontan sich bildende Menschenmenge umschrieben sein soll, etwa aus dem Eindruck eines gemeinsamen Erlebnisses, das individuelle Bindungen abstreifen läßt (z. B. „Publikum im Kino“, „Menschen in der Panik“, „Hausfrauen beim Ausverkauf“). Diese Masse läßt sich psychologisch nicht lenken. Deshalb tut man am besten, sie gar nicht erst aufkommen zu lassen. Eine „Massensituation“ ist aber auch über den Funk zu schaffen, eben als „die Hörer“.

Auch zur Psychologie des Unbewußten äußerte sich Lisowsky: „Die Betrachtung des Menschen als Individuum genügt nicht, sie muß ergänzt werden durch die Betrachtung als Kollektivwesen. Dabei sind zwei bipolare Seiten ins Auge zu fassen, nämlich das „bewußte Ich“ und das „Unbewußtsein“, die „Ich-Person“ und die „Primitivperson“. Diese Primitivperson wäre es, die oft zu Handlungen führe, die mit rationalen Erwägungen nichts gemein hätten. Deshalb schloß Lisowsky mit der Mahnung: „Je entwickelter die Werbepsychologie ist und die Seele zu formen ver-

mag, desto mehr wächst die Verantwortung des Werbers, die Werbung anzuwenden!“

*

In der Erkenntnis, daß die Werbung mit ihren volkswirtschaftlichen Aufgaben Mittlerin und Bindeglied zwischen Produktion und Verbraucher ist, wurde auch auf unserem Werk wieder eine Werbeabteilung eingerichtet.

Die ersten Schritte unserer Werbung nach dem Wiederanlaufen des Werkes bzw. der Entflechtung gehen bis zu dem Zeitpunkt zurück, wo durch ein Preisausschreiben innerhalb unserer Belegschaft Ideen für ein neues Firmenzeichen gesucht wurden. Da das bisherige Firmenzeichen, das Hoesch-„H“, in der Vergangenheit bei allen in- und ausländischen Abnehmern als Erinnerungsmerkmal bzw. als Gütezeichen bekannt war, sollte dieses Zeichen bei den neuen Entwürfen ebenfalls in Erscheinung treten. Wir wollten absichtlich hierdurch die Verbindung mit den bisherigen Abnehmern aufrechterhalten.

Für 1950 wurde erstmalig wieder ein Werbeplan aufgestellt. Durch unsere Werbung wird die Verbundenheit zwischen den Abnehmern und unserer Hütte laufend gepflegt. Wenn wir auch zur Zeit infolge der durch den Koreakrieg geschaffenen Lage die Wünsche unserer Kunden nicht so erfüllen können, wie sie uns vorgetragen werden, so werden jedoch keine Fäden zerschnitten, die später anzuknüpfen äußerst schwierig sein wird.

Um unserer Kundschaft unsere Erzeugnisse näherzubringen, wurde von uns nach sorgfältiger Vorbereitung ein Verkaufskatalog herausgegeben und an die interessierten Kreise verteilt. Gleichzeitig erhielten unsere Abnehmer die inzwischen von uns gedruckten Gewichtstabellen, die ebenfalls Anklang gefunden haben, da derartige Unterlagen bei fast allen Abnehmern durch die Kriegsergebnisse abhanden gekommen sind. Ein fünf-sprachiger Auslandsprospekt ist in Arbeit, um bei eintretendem Auftragsrückgang sofort mit einer umfangreichen Prospektwerbung einsetzen zu können.

Unser Verkaufskatalog, die Broschüre „Gewichtstabellen“ und unsere Autokarte, die wir neben anderen Artikeln als Werbegeschenk herausgegeben haben, können von den Belegschaftsmitgliedern bei unserer Bücherei entliehen werden. (Vergl. letzte Umschlagseite)

Verantwortung und Vertrauen

Minima non curat praetor — wer ein Amt hat, soll sich um Kleinigkeiten nicht scheren. Möglichst viele Aufgaben an sich zu ziehen, den eigenen Geschäftsbereich so stattlich wie nur möglich auszustaffieren, ist kleiner Leute Ehrgeiz. Würden sie doch lieber ihre Ämter als fette Pfründe betrachten, mit deren Hilfe sich bei wenig Arbeit gut leben läßt — es wäre die bessere Lösung! So aber entfalten sie eine emsige Tätigkeit, streiten sich gegenseitig um ihre Befugnisse und blähen die Geschäfte auf.

Wer den Geschäften nachrennt, verliert sehr bald den Überblick über sie. Aber nur wer Abstand wahrt, zu den Menschen und zu den Dingen, kann gerecht und unparteiisch seines Amtes walten.

Wer ein verantwortliches Amt bekleidet, muß sich seinen Kopf freihalten. Er muß über viel Geduld verfügen, die Dinge ausreifen zu lassen und die Gabe besitzen, den richtigen Augenblick seines eigenen Eingreifens zu erkennen. Dann darf an der Entscheidung, die er trifft, nichts zu deuten sein, sie muß respektiert werden. Aber sie wird nur respektiert werden, wenn ihr Inhalt Respekt erheischt.

Nur der handelt weise, der sich in seiner Verantwortung auf das Notwendige beschränkt und so viel von ihr als nur möglich nach unten abgibt. Bei einem solchen Menschen ist jeder gut aufgehoben, und weil jedermann dies weiß, wird es ihm leicht, Vertrauen zu gewinnen. Er darf auf unsere Dienstwilligkeit und unseren Gehorsam bauen. Denn der Gehorchende ist immer auch ein Vertrauender. Er vertraut dem, der ihm befiehlt, den letzten Rest an, den er selbst aus eigener Kraft nicht auflösen vermag.

Die Treppe muß immer von oben nach unten gescheuert werden. Wer Verantwortung heischt, muß Verantwortung gewähren. Wer Vertrauen fordert, muß Vertrauen schenken. Wer mit seiner Verantwortung haushält, schafft ihr den Raum, den sie zu ihrer Entfaltung benötigt. Wer auf Abstand hält, gewährt seinen Untergebenen Selbständigkeit.

Mit dem Begriff der Verantwortung ist schon viel Unfug angestiftet worden in dieser Welt. Solcher Unfug wird stets dann angerichtet, wenn sich jemand für alles verantwortlich wähnt, was in sein Blickfeld tritt, wenn er sich selbst als ein kleiner Herrgott gebärdet. Er dehnt dann die Grenzen seiner Verantwortung so weit aus wie nur möglich und gebraucht dazu tüchtig seine Ellenbogen. In Wirklichkeit haben wir nur stets das zu verantworten, was die, die unserem Schutz und unserer Führung anvertraut sind, aus eigenem nicht verantworten können. Sie vertrauen sich unserer Verantwortung an, weil ihre eigene durch ihre Person oder durch die Umstände begrenzt ist. Das beschränkt das Feld unserer eigenen Verantwortung, und das ist wieder gut so. Denn sie gewinnt erst hierdurch ihre konkrete Gestalt.

Je mehr von der Verantwortung gesprochen wird, desto schlechter pflegt es um sie bestellt zu sein. Man kann Verantwortung nicht lehren, sie kann nur durch Beispiel geweckt werden. Aber wir dürfen darauf vertrauen, daß dem Beispiel, das wir selbst geben, eine seltsame Kraft innewohnt. Denn wir geben mit ihm die Kraft nach unten weiter, die uns selber von oben geschenkt wurde, und diese Kraft hat eine ansteckende Wirkung. Sie bestärkt alle die in ihrer Verantwortung, die unserem Amte und unserer Führung anvertraut sind.

Der ungelöste Rest, der uns stets selber überlassen bleibt, wird damit zusehends kleiner. Er wird einem jeden von uns auch dann noch genug zu schaffen machen. Aber nun lenkt ihn nichts mehr davon ab, sich ihm ganz widmen zu können. Die eigene Verantwortung hat ihre Mitte gefunden. Wer in ihr steht, hat nun den Kopf frei für die eigentlichen Entscheidungen, die ihm niemand abnehmen kann. Er hat die Gewißheit, daß diese Entscheidungen, sobald er sie getroffen hat, richtig ausgeführt werden. Das Vertrauen, das er gewährt, wird ihm dadurch gelohnt, daß man auch ihm vertraut.

UNSERE *Sonnwendfeier*



Weit über 10 000 Belegschaftsangehörige, Familienmitglieder und Einwohner des Dortmunder Nordostens füllten das weite Rund der Radrennbahn in unseren Sport- und Erholungsanlagen. Feierliches Schweigen legte sich über alle, als die Angehörigen der Lehrwerkstatt und der Jugendgruppe paarweise und mit brennenden Fackeln einmarschierten. Sehr wirkungsvoll gestaltet waren die Darbietungen der Jungen und Mädchen, unterstützt durch Lieder eines Kinderchores. Dann sprach Arbeitsdirektor *Bernsdorf* über das Symbol der Sonnenwendfeier: Licht und Feuer sind auch das Symbol unseres eisenschaffenden Reviers, sie sind gleichzeitig das Sinnbild für eine bessere Zukunft. Wir wollen das Licht in alle Herzen senken, wollen Menschen unter Menschen sein. Durch das Dunkel der Zeit tragen wir das Licht des Glaubens an unsere Kraft und Bestimmung, das Licht des Hoffens auf ein helles Morgen.

Die Flammen loderten in die Nacht und verklärten die Gesichter der Menschen, während um das Feuer die Jungen und Mädchen sich in Volkstänzen und Reigen drehten.



Es kann vorkommen ...

Es kommt jetzt, da unser Werk einen erheblichen Besuch von Ausländern hat, sogar öfter vor, daß man in der Werksschänke mit ausländischen Gästen zusammensitzt.

Mein gestriger Nachbar ließ sich kurz und knapp *Fred* nennen. Er war das, was man einen „Pfundskerl“ nennt: offen, aufgeschlossen, dabei ein nicht unbedeutender Mann der amerikanischen Industrie. Wir sprachen über Deutschland und Amerika und über vieles andere, von dem man eben bei einem Glas Bier spricht.

Ich fragte ihn nach seinen gestrigen Eindrücken vom Ruhrgebiet; zuletzt war er 1931 hier gewesen. „Germans will ever be Germans“ (die Deutschen bleiben sich immer gleich) meint er. Er hätte uns wiedergefunden, wie er uns gekannt habe: *arbeitsam*, sauber und immer von irgendeiner Idee besessen. Jetzt hieße unsere weitverbreitetste Besessenheitsidee „Geld“. Vielleicht, so gab er zu, sei das ein Ausdruck des Willens zum Vorwärtkommen, des „Sich-aus-dem-Dreck-Herausarbeitens“. Man muß, *by Jove*, Geld machen können, aber man muß es auch auszugeben ver-

stehen. Bei uns in den Staaten wird auch hart gearbeitet; keinem wird etwas geschenkt. Aber nach der harten „Arbeit für Geld“ noch schaufeln, um sich etwa in eurer Siedlung ein eigenes Heim zu schaffen, nein, das täte bei uns keiner. „Hut ab vor den Germans“, sagt er.

„Und wozu tragen Sie eine Krawatte?“, fragte er mich, dabei nestelte er am zweiten Knopf seines Sporthemdes; den obersten hatte er schon geöffnet. „Ihr seid alle so altbacken hier, zugeknöpft; tut wunders, als ob ihr euch etwas vergeben würdet, wenn ihr nicht auf Distanz geht, wenn nicht alles etepetete ist. Sehen Sie, das gefällt mir nicht: Ihr Deutschen lebt mit eurem Organisationstimmel noch im Mittelalter, und der selige Knigge läßt euch keine Ruh. It's a pity“ (es ist ein Jammer), brummte *Fred*. „Aber trotzdem: außer uns selbst lieben wir besonders die zähen Menschen hier bei euch im Kohlenpott.“

Es war ein kleines Gespräch. Wir gingen durchaus nicht „in die Tiefe“. Aber auch ein solches Gespräch mit Männern, die uns aus ihrem weltweiten Blickwinkel sehen, gibt oft vieles zum Nachdenken.

Wir grüßen

Christian Fette

Der Betriebsrat der Westfalenhütte Dortmund AG. richtete folgendes Fernschreiben an den neuen Bundesvorsitzenden des DGB, Christian Fette.

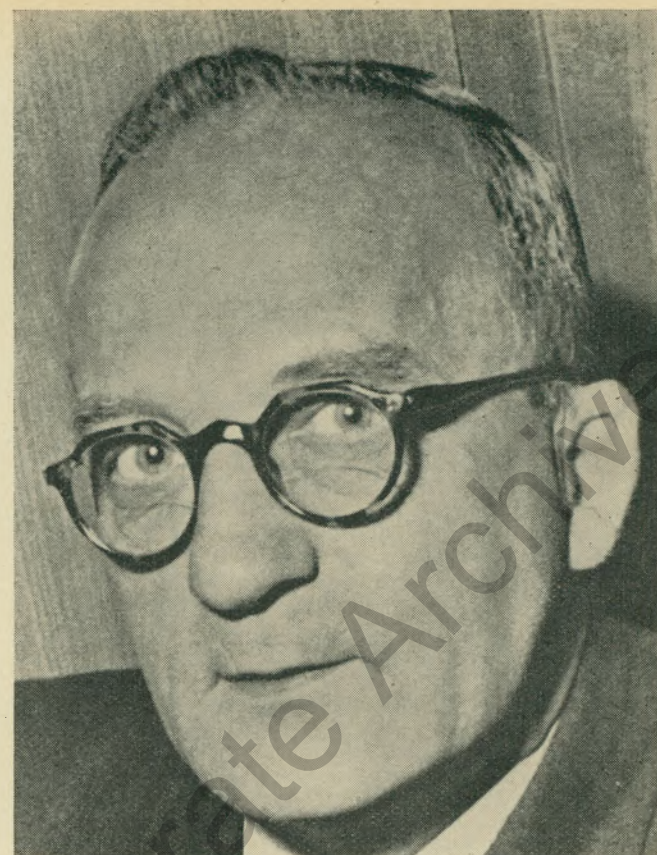
Betriebsrat und Belegschaft der Westfalenhütte Dortmund AG., die fast hundertprozentig organisiert ist, wünscht Ihnen ein herzliches Glückauf! Wir verbinden damit die Zusicherung, daß wir das Vertrauen, das wir unserem unvergeßlichen Hans Böckler stets bewiesen haben, vorbehaltlos auf Sie übertragen und daß wir entschlossen hinter Ihnen stehen im Kampfe zur Durchsetzung des vollen Mitbestimmungsrechtes in der gesamten Wirtschaft und zur weiteren sozialen Aufwärtsentwicklung der deutschen Arbeitnehmerschaft.

Fette grüßt die Westfalenhütte

Christian Fette antwortete mit Schreiben vom 28. Juni:
Werte Kollegen!

Habt Dank für Eure Grüße und Glückwünsche aus Anlaß meiner Wahl zum Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ich habe mich darüber besonders gefreut, steht Ihr in den entflochtenen Werken doch schon seit Jahren auf einem Vorposten in unserem Kampf um die Durchführung der Mitbestimmung. Daß wir in unserem Bemühen, eine neue wirtschaftliche Ordnung für die gesamte deutsche Wirtschaft herbeizuführen, nicht



nachlassen werden, darf ich bei dieser Gelegenheit versichern. In gemeinsamer Arbeit werden wir unser Ziel erreichen. Voraussetzung für unseren Kampf ist die kameradschaftliche Mitarbeit einer jeden Kollegin und eines jeden Kollegen in unserer Bewegung.

Ich bin sicher, daß ich auf Euch jederzeit zählen kann. Mit freundlichen Grüßen

Euer Christian Fette.

Vom Bundeskongreß des DGB

Christian Fette wurde auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB, zu dem die 16 Industrie-Gewerkschaften insgesamt 251 Delegierte entsandt hatten, in geheimer Abstimmung am 21. Juni 1951 mit überwiegender Mehrheit gewählt. Von den 251 stimmberechtigten Delegierten wurden 249 Stimmen abgegeben. Davon stimmten 185 für Fette und 9 für den Vorsitzenden der IG Metall, Walter Freitag. 51 Delegierte enthielten sich der Stimme, 4 stimmten mit Nein. Als erste gratulierte die Witwe Hans Böcklers dem neuen Bundesvorsitzenden.

Die Wahl verlief ohne jede Sensation, von der man hier und dort vorher gefaselt hatte. Nachdem Bundesvorstand und Bundesausschuß sich bereits auf Fette geeinigt hatten, gab die würdige und sachliche Art, mit der der allseits geschätzte Arbeiterführer August Schmidt den neuen Mann empfahl, den letzten Ausschlag.

Fraglos beginnt mit der Wahl für die größte demokratische Organisation der Bundesrepublik eine neue Ära, die sicherlich sehr stark die persönlichen Züge des neuen Bundesvorsitzenden tragen wird. Daß Tatkraft und Energie nicht seine schwächsten Eigenschaften sind, das wußte er selbst klar zu betonen.

In einem Augenblick, in dem derart weitreichende und schwierige Probleme wie die Mitbestimmung — die bisher nur für Eisen und Kohle gesichert ist — und die Lohn- und Preisfrage zur Entscheidung drängen, kann die Bedeutung der Essener Entscheidung kaum überschätzt werden. Diese Bedeutung wurde ja auch u. a. dadurch herausgestellt und unterstrichen, daß mehrere Bundesminister, Länderminister, Vertreter der ausländischen Mächte und über 200 Reporter aus aller Welt zum Wahlakt er-

schiene waren; der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, die Bruderorganisationen aus Frankreich, Schweden, Amerika, Österreich, England, Dänemark und aus anderen Ländern hatten Delegationen entsandt.

Wer ist Christian Fette?

Charakteristisch werden seine Worte unmittelbar nach der Wahl sein: „Das große Ziel der Gewerkschaften ist die Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wie sich im politischen Bereich der Aufstieg vom Untertan zum Staatsbürger vollzogen hat, so muß in der Wirtschaft der Proletarier zum freien Wirtschaftsbürger werden. Eine gute Wegstrecke dahin ist unter Hans Böckler zurückgelegt. Dieser Kurs wird weitergesteuert. Ich will nicht nur in den Schatten eines großen Mannes treten, sondern ich werde mit eigener Tatkraft an die große Aufgabe herangehen.“

Mit Christian Fette wird die alte Tradition der Holz- und Metallarbeiter in der Geschäftsführung durch den Buchdrucker abgelöst. Die enge Beziehung zur „Schwarzen Kunst“ und zur Presse machen Weltoffenheit und wachen Sinn für die Freiheit der Meinungsäußerung selbstverständlich.

Der 56jährige gebürtige Bremer — das dritte Kind eines Schuhmachermeisters — ist Gewerkschaftler von Jugend an. Nach dem ersten Weltkrieg organisierte er das graphische Gewerbe in Bremen gewerkschaftlich. 1924 kam Fette ins Ruhrgebiet nach Duisburg und wurde 1931 hauptberuflicher Gewerkschaftsführer in Köln. Im Nazireich erlitt er drei Haftstrafen und stand unter dauernder Polizeiaufsicht.

An der großen Aufgabe des Neuaufbaues der Gewerkschaften nach dem zweiten Weltkrieg hatte Fette über den

Rahmen seiner Berufsorganisation hinaus beachtlichen Anteil. Seine Wahl und ständige Wiederwahl zum Vorsitzenden der IG Druck und Papier war nie umstritten. Was er hier an sozialpolitischen Fortschritten erkämpft hat, ist sehr erheblich und anerkannt. Auf einer breiten Vertrauensgrundlage wird Fette nun an die Lösung der großen Aufgaben der Gewerkschaften herangehen können.

Unabhängigkeit und Einheit

In seiner Eröffnungsansprache erklärte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Georg Reuter u. a.:

„Nach 1945 fanden sich die deutschen Arbeitnehmergewerkschaften zu großen, parteipolitisch und weltanschaulich neutralen Gewerkschaften zusammen. Sie hatten aus den Schwächen in der Vergangenheit gelernt und erkannt, daß ihre Stärke in der Einheit liegt. Es ist allzu verständlich, daß gewissen Kreisen in unserem Lande dieser Entwicklungsprozeß ein Dorn im Auge ist. Es darf nicht wundernehmen, wenn sie sogar unter Einsatz unfairer Mittel, unter Anwendung unsauberer Methoden versuchen, die gewerkschaftliche Einheit zu stören. Alle diese Versuche aber werden scheitern an der politischen Reife der organisierten deutschen Arbeitnehmer. Unabhängigkeit und Einheit der neuen deutschen Gewerkschaften, das möge der Kongreß betonen, sind unantastbare Elemente unserer Existenz.“

Diese Unabhängigkeit und Einheit, die trotz unbestreitbarer Aktivität einer gewissen Opposition überwältigend ist, wurde klar bewiesen:

Ein Antrag, die Frage der Remilitarisierung auf die Tagesordnung zu setzen, wurde mit 244 gegen 7 Stimmen abgelehnt. (Lebhafter Beifall.) Der Kongreßleiter bemerkte zu dem Antrag, die Masse der Anträge beweise, daß irgendwo eine Antragsfabrik bestanden habe (Zwischenruf: Ulbricht), aber sosehr die Gewerkschaften nach Frieden streben und alle Kräfte gegen den Krieg wenden müßten, von den Beauftragten einer fremden Macht, die bis an die Zähne bewaffnet sei, lassen sie sich keine Beschlüsse aufzwingen, vor allem nicht in der Richtung, daß wir eines Tages wehrlos daständen.

Nicht nur in der Ablehnung kommunistischer Störungsanträge, nicht nur in der Wahl des neuen Bundesvorsitzenden, sondern durch seinen ganzen Aufbau und durch den Widerhall, den er in der Weltöffentlichkeit fand, wurde der Bundeskongreß zu einer Demonstration des Willens und der Macht der Gewerkschaften.

Die Macht der Gewerkschaften

Zu diesem Problem „Macht“ erklärt W. Boettcher:

„Macht, von welcher Art? Die Gewerkschaften haben nicht den Rang einer Partei, sie sind nicht unmittelbar im Parlament vertreten, und doch beeinflußt und entscheidet ihre Stimme viele politische Aktionen; man muß mit ihnen rechnen, man muß sie als hilfreiche Partner oder als gefährliche Opposition gewinnen oder hinnehmen. Sie haben ihren festen Platz in unserer Republik, und sie sind zugleich eine ihrer sichersten Festungen.“

Weil die Gewerkschaften in einer Position sind, in der sie durch ihre Kraft Entscheidungen durchsetzen können, haben sie viele Kritiker und allerlei Feinde; sie müssen sich von ihnen manche Vorwürfe, falsche und richtige, und viele Angriffe gefallen lassen.

Über solche richtigen und falschen Vorwürfe und Angriffe gehen bei Freund und Feind leicht die wichtigeren Zusammenhänge verloren. Wer ein richtiges Gespür für die Atmosphäre der Versammlung in Essen hatte, entdeckte wieder, daß die Gewerkschaften ihrem Ursprung nach ein Mittel des Kampfes um die Anerkennung der Arbeiterklasse darstellen. Aber anders als in Rußland, sind sie bei uns nicht revolutionär, sondern evolutionär zur gesellschaftlichen Macht geworden. Sie haben keine Diktatur des Proletariats geschaffen, sondern sich zur politischen Partnerschaft in einem Zusammenspiel mit demokratischen Regeln entwickelt.

Aber diese Tatsache geht hüben und drüben gelegentlich verloren. Dabei ist es doch kein Zufall, daß sich bei uns ein Begriff eingebürgert hat, der von den Unternehmern und den Arbeitnehmern als Sozialpartner spricht. Ministerpräsident Arnold, von dem man weiß, daß er ein Freund der Gewerkschaften ist, hat kürzlich in einer Rede vor dem Industrieklub eine glänzende Interpretation dieser Partnerschaft gegeben. Er sprach davon, daß Partnerschaft keine Gleichschaltung und keine Verwischung der Verschiedenartigkeit in den Aufgaben der Partner bedeuten

dürfe. Sie wäre verderblich. Sie würde den lebendigen Unternehmergeist hemmen, und die Entwicklung könnte zugleich dazu führen, daß die Vertreter der Arbeitnehmer, wenn sie sich selbst Unternehmereigenschaften aneignen wollten, das Vertrauen der Arbeiterschaft einbüßen.

Die Frage der Mitbestimmung

Die Frage der Mitbestimmung, in der die Partnerschaft sich verwirklicht, war das zentrale Thema des Kongresses. „Die Mitbestimmung“, so sagte der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, „ist unteilbar, wie der Friede unteilbar ist“, und er meinte unter allgemeiner Zustimmung, daß die Forderung, sie in der Großchemie und bei der Bundesbahn durchzusetzen, nur ein nächster Schritt in der allgemeinen Entwicklung sein könne.

In der augenblicklichen Phase geht es ja schon nicht mehr um die Sache Mitbestimmung, sondern um ihre richtige Form, um ihren richtigen Inhalt. Sie in vernünftiger Abstimmung auf die Verschiedenartigkeit der Funktionen hin zu entwickeln, wäre jetzt wichtig.

Die Unternehmer dürfen nicht übersehen, daß sie den Arbeiter und die Gewerkschaften nicht nur auf der Ebene der Produktion als Mit-Arbeiter, sondern auch auf der Ebene der Politik im großen Zusammenhang als Bundesgenossen brauchen.

Eine kleine KP-Opposition

Die Auseinandersetzung mit der kleinen kommunistischen Opposition von 7 unter 251 Delegierten war einer der Höhepunkte des Kongresses. Viermal wollte, dreimal kam diese verschwindende Minderheit zu Wort und nutzte die Toleranz der Geschäftsführung, um ihre stalinistischen Parolen an den Mann zu bringen. Sie wurden von der Masse der Teilnehmer mit lauten Protesten und von einigen Sprechern mit scharfen Formulierungen beantwortet.

„Lieber eine europäische Montanindustrie als eine russische Stalin-Dustrie“, hieß es da; oder: „Es geht uns nicht nur um das Materielle, es geht uns um die Grundlagen der Freiheit“.

Auf eine andere bange Frage hat dieser Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes noch eine beruhigende Antwort wiederholt, die schon sein verstorbener Vorsitzender, Hans Böckler, gegeben hatte. Wenn sie ernst genommen wird, lassen sich manche schwere Befürchtungen erledigen, die heute bei der ungeheuren Machtposition der Gewerkschaften nicht zur Ruhe kommen wollen. Diese Macht könnte eine Verführung sein, welche vergift, daß zwischen den beiden großen Sozialpartnern eine ebenso breite wie unglückliche Schicht von unsicheren Existenzen des ehemaligen Bürgertums allmählich zerrieben wird.

Die Führung der Gewerkschaften hat dieses Problem offenbar erkannt. Man darf erwarten, daß der neugewählte Vorsitzende Christian Fette sich an die Entwicklung einer solchen Politik aus dem größeren Zusammenhang wagen wird. Der Eindruck mag täuschen, aber es schien so, als gelange der Deutsche Gewerkschaftsbund mit diesem Kongreß und dieser Wahl in ein neues Stadium der Entwicklung, als erkenne er jetzt, daß seine Aufgabe fast insoweit beendet ist: die Macht einer Klasse zu etablieren ohne Rücksicht auf das Rundherum. Das würde jedenfalls auch da die Notwendigkeit einschließen, die politische Partnerschaft als Aufgabe ernst zu nehmen und von einer gewerkschaftlichen Politik zu einer Politik der Gewerkschaften unter dem Gesichtspunkt der größeren Zusammenhänge voranzuschieben.“

Freiheit des Menschen das höchste Ziel

Der neue Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach sich in dem programmatischen Schlußwort des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses für einen deutschen Verteidigungsbeitrag aus. „Wir ächten den Krieg“, führte er aus, „aber wir wissen, daß wir für die Erhaltung unserer Freiheit unseren Beitrag zur Verteidigung der westlichen Welt leisten müssen. Wir erwarten jedoch die volle Gleichberechtigung. Freiheit des Menschen bleibt, wie es Marx einmal formuliert hat, unser höchstes Ziel. Deswegen ist auch für uns nie eine Einheit bei Aufgabe der Freiheit möglich.“

In diesem Zusammenhang grüßte Fette die Millionen Arbeitskameraden in Ost-Berlin und in der Sowjetzone. „Euer Kampf ist auch der unsere, und der Tag muß kommen, wo ihr zurückkehrt in euer angestammtes Vaterland.“

Kulturwille ist Lebenswille

In diesem Monat sind in Recklinghausen die „Ruhrfestspiele 1951“. Was wollen diese Ruhrfestspiele, die nun zum fünften Male stattfinden? Der DGB hat das in einem einfachen Satz erklärt: „Sie wenden sich an den Arbeiter und wollen seinem Bedürfnis entgegenkommen, an der Kultur teilzunehmen.“

Mit diesem „Bedürfnis“ ist nicht nur der künstlerisch-ästhetische Genuß gemeint; es ist zugleich Ausdruck von gesellschaftlicher Macht. Aus diesem Blickwinkel heraus wird es verständlich, daß die Arbeiter, trotzdem im Gebiet wirklich kein Mangel an allen möglichen Festspielen besteht und des Guten oft zu viel getan wird, Anspruch auf „ihre Festspiele“ erheben und daß die Gewerkschaften sich des Unternehmens in Recklinghausen annehmen.

Die mythenbildende Kraft, die die Ruhrfestspiele schon jetzt bezüglich der vielen Legenden über ihr Entstehen entwickelt haben, sagte Bundespräsident Heuß in seiner Ansprache, sei ein Beweis für ihre tiefe Verwurzelung in der Bevölkerung. „Ich weiß, wie schwer dieses Stück Gewerkschaftsarbeit gewesen ist. Es hat etwas Bedeutendes und ist ein beispielloses Unternehmen.“

Der Kulturreferent des DGB, Otto Burrmeister, nannte in seiner Festrede die Ruhrfestspiele ein „Ergebnis des Kampfes gegen die Not. Die Not aber drohe die Kultur zu vernichten. „Der Niedergang der Kultur wäre jedoch der Niedergang des sozialen Lebens und damit der Zusammenbruch der gesamten Lebensordnung. Die Kultur muß daher als lebensschaffender Prozeß begriffen und im Gesamtbewußtsein unserer Zeit begründet werden.“ Es gehe um eine kulturelle Bewußtseinsbildung der sozial aufsteigenden Schichten. „Darum“, sagte Burrmeister, „erscheint mir von entscheidender Bedeutung, daß der wichtigste gesellschaftliche Prozeß, die Organisation der Arbeit als gesellschaftsbestimmende Macht, in den Mittelpunkt des kulturpolitischen Bemühens rückt.“

Daß diese programmatischen Worte den Anbetern des *l'art pour l'art* nicht passen, ist verständlich. Aber Kunst und Kultur sind keine Attribute einer engen Schicht. Und waren sie es, so nimmt die Arbeiterschaft sie jetzt an, wie stets in der Geschichte jede aufsteigende Klasse sich die Kulturwerte der Vergangenheit aneignet.

Trotz allem ist es keine Frage: die so oft betonte „Krise des Theaters“ ist mindestens insoweit begründet, als das

Theater seinen gesellschaftlichen Ort verloren hat. Es muß Anstrengungen machen, ihn wieder zurückzugewinnen. Hier liegen die neuen Aufgaben des Theaters. Es muß den Arbeiter, der nun seinen festen Platz hat, suchen und ansprechen. Und das Theater, das sind die Männer, welche die Stücke schreiben, das sind die Schauspieler, das sind die Intendanten. Da aber verspürt man bislang wenig Neigung, sich dieser Arbeiter-Welt wirklich zu stellen.

Eine glanzvolle Festaufführung war „Don Carlos“, in einem Hause von betont einfacher Nüchternheit, vor einem Publikum, dessen Mehrheit wirklich Arbeiter waren, und mit hervorragenden Schauspielern, die jedem von der Leinwand her bekannt sind: Mathias Wieman als Marquis von Posa, Walter Franck als despotischer, von Ängsten und Zweifeln zerfressener König von Spanien, Antje Weiberger als dessen junge, unglückliche Gemahlin, Heidemarie Hatheyer als die intrigante unglücklich liebende Prinzessin von Eboli.

Karl Heinz Stroux, der das Stück zeitnahe inszenierte, wurde gefragt, warum er vor den Arbeitern „Don Carlos“ spiele, und nicht ein Stück, das näher an die Wirklichkeit seiner Zuschauer reiche: „Glauben Sie, daß es gelingt, den Don Carlos so zu interpretieren, daß er für den Arbeiter eine neue, aktuelle Bedeutung gewinnt?“

Stroux stellte die Gegenfrage, ob es denn so etwas Modernes gebe wie den „Don Carlos“, und er zitierte jene Stellen, in denen von Gedankenfreiheit, von Europa, von dem Recht des Menschen gesprochen wird. „Der Arbeiter“, so meinte er, „versteht das oft besser, als die bürgerliche Mentalität glaubt. Eine andere Art von Anschauung ist da wirksam: der Arbeiter versteht das Allgemeingültige aus einer einfacheren und verständnisvolleren Sicht. Daher trifft der Don Carlos auch gerade dieses Publikum. — Wie weit das Theater seine Zuhörer zu beeinflussen vermag, wenn es zeitlose allgemeingültige Wahrheiten ausspricht?, das ist eine Frage, die schwer zu beantworten ist. Wir können die Fahne nur hochhalten — die Scheibe von der Sache abschneiden, das muß jeder selbst tun.“

Das ist eine Haltung, die von den Ruhrfestspielen aus in alle Theater des Ruhrgebietes — aber auch in die breitesten Kreise der Arbeitnehmerschaft — hineinströmen möge.

- oi -

Leicht ironisiert: Die zwei Parteien

Das Zweiparteiensystem, wie es in England und Amerika besteht, gilt immer noch als Ideal. Auf dem europäischen Kontinent war es nicht zu verwirklichen. Frankreich und Italien leiden ebenso an der Vielzahl der Parteien wie die Bundesrepublik. Dabei ist das Zweiparteiensystem eigentlich schon biologisch begründet. Hat der liebe Gott nicht selbst den Fingerzeig gegeben, indem er Männlein und Weiblein schuf? Man muß sich deshalb wundern, daß der Gedanke einer deutschen Frauenpartei erst jetzt aufgetaucht ist. Der Frauenpartei entspräche eine Männerpartei, dann bräuchten wir keine CDU, FDP und auch keine Remer-Partei. Es wäre alles in bester Ordnung. Freilich kämen wir damit wohl auch wieder zum *Matriarchat*, denn es gibt mehr Frauen als Männer. Das würde, wenn man jenen Frauen glauben soll, die die Frauenpartei propagieren, auch nichts schaden; denn sie wollen durch den Einfluß der Frau „die Politik vermenschlichen“.

So ganz sicher erscheint uns dies allerdings nicht. In der Geschichte hat sich immer wieder gezeigt, daß die Frau, mehr vom Gefühl geleitet, wenn sie einmal von der politischen Leidenschaft ergriffen ist, Maß und Ziel weit mehr verliert als der Mann. Wir wollen hier nicht ein bekanntes Wort aus der „Glocke“ zitieren, das Schiller aus dem Anschauungsunterricht der französischen Revolution schrieb;

die Galanterie verbietet es uns. Auch Beispiele aus der Gegenwart mahnen zur Vorsicht. Man darf annehmen, daß Hitler durch die Stimmen der Frauen an die Macht kam. Ohne das Wahlrecht der Frauen wäre dies zweifelhaft gewesen, womit wir allerdings nichts gegen das Frauenwahlrecht sagen wollen, so unmodern sind wir nicht! „Deutsches Gretchen, erwache!“ klingt nicht übel, aber wo gibt es noch deutsche Gretchen? Die Frau von heute will kein Gretchen sein; sie hat die Romantik in der Härte des Daseinskampfes gründlich verlernt.

Es ist wahr, nicht nur im Bundestag, sondern auch im englischen Unterhaus, wie überhaupt in den Parlamenten, sitzen verhältnismäßig wenig Frauen. Das muß wohl tiefere Gründe haben, die mit der Natur der Frau zusammenhängen. Aber auch ohne Parlamentssitze und erst recht ohne eine Frauenpartei weiß die Frau zu regieren, das ist alte Evidenz; nichts einfacher als das. „Die Könige glauben oft, daß das, was ihre Generale und Admirale tun, Patriotismus sei und Eifer für ihre eigene Ehre“, sagt der alte Spötter Lichtenberg, „öfters aber ist die ganze Triebfeder großer Taten ein Mädchen, das die Zeitung liest.“ Fontane meint: „Der erst ist der Kaiser, der den Kaiser macht!“ Und so aus der Verborgenheit zu lenken und zu leiten, ist doch eigentlich viel reizvoller.

Unfallschutz ist Gemeinschaftsarbeit!

Jeder einzelne muß dabei mitwirken!

Das Kündigungsschutzgesetz

Der Bundestag verabschiedete am 10. Juli in dritter Lesung das Kündigungsschutzgesetz. Der entscheidende § 1 des Gesetzes hat folgende Fassung:

I. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses gegenüber einem Arbeitnehmer, der länger als sechs Monate ohne Unterbrechung in demselben Betrieb oder Unternehmen beschäftigt ist und das 20. Lebensjahr vollendet hat, ist rechtsunwirksam, wenn sie sozial ungerechtfertigt ist.

II. Sozial ungerechtfertigt ist die Kündigung, wenn sie nicht durch Gründe, die in der Person oder dem Verhalten des Arbeitnehmers liegen oder durch dringende betriebliche Erfordernisse, die einer Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers in diesem Betrieb entgegenstehen, bedingt ist. Der Arbeitgeber hat die Tatsachen zu beweisen, die die Kündigung bewirken.

„Sozial ungerechtfertigt . . .“

III. Ist einem Arbeitnehmer aus dringenden betrieblichen Erfordernissen im Sinne des Absatz 2 gekündigt worden, so ist die Kündigung trotzdem sozial ungerechtfertigt, wenn der Arbeitgeber bei der Auswahl des Arbeitnehmers soziale Gesichtspunkte nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt hat. Das gilt nicht, wenn betriebstechnische, wirtschaftliche oder sonstige berechnete betriebliche Bedürfnisse die Weiterbeschäftigung eines oder mehrerer bestimmten Arbeitnehmer bedingen und damit der Auswahl nach sozialen Gesichtspunkten entgegenstehen. Bei der Auswahl darf innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die kürzere Dauer der Betriebszugehörigkeit eines Vertriebenen oder Heimkehrers zu dessen Nachteil nur insoweit berücksichtigt werden, als es sich um den Vergleich mit einem anderen, länger beschäftigten Vertriebenen oder Heimkehrer handelt. Der Arbeitnehmer hat die Tatsache zu beweisen, die die Kündigung als sozial ungerechtfertigt im Sinne der Sätze 1 und 3 dieses Absatzes erscheinen lassen.

Berufung

Gemäß § 2 kann binnen einer Woche bei den Betriebsräten gegen eine sozial ungerechtfertigte Kündigung Berufung eingelegt werden; binnen drei Wochen muß gemäß § 3 die Klage beim Arbeitsgericht auf Feststellung, „daß das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst ist“, erhoben werden, durch die widrigenfalls die Kündigung als von Anfang an rechtsunwirksam gilt.

Berufsgruppe Kaufm. Angestellte

Die beiden letzten Versammlungen der Berufsgruppe standen im Zeichen der Sozialversicherung. J. Hilverling gab erschöpfende Aufklärung über Fragen der Krankenversicherung, während Oberinspektor Palaske an Hand von Berechnungsbeispielen eingehend über die Rentenhöhe in der Angestelltenversicherung berichtete.

Das große Interesse, das diesen Themen entgegengebracht wurde, zeigte die überaus lebhaft diskutierte Diskussion. In einer der nächsten Versammlungen wird die geplante Neuordnung der Sozialversicherung behandelt.

Betriebsräte-Vollversammlung

In der Vollversammlung sämtlicher Betriebsräte des Groß-Dortmunder Raumes, soweit sie zur Metallindustrie gehören, wurde nach einem eingehenden Referat des Bevollmächtigten der IG, Metall, Fritz Loose, der neue Vorstand in folgender Zusammensetzung gewählt: 1. Vorsitzender: Albert Pfeiffer (Westfahlenhütte); 2. Vorsitzender: Fritz Fläske (Holstein & Kappert); Schriftführer und Angestelltenvertreter: Fritz Heier (Dortmund-Hoerder Hüttenverein).

Erfreulicher Mitgliederzuwachs im 1. Quartal 1951

Die 16 im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften hatten im ersten Quartal des Jahres 1951 einen Zuwachs von 191 612 Mitgliedern. Damit hatten die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften am 31. März 1951 insgesamt 5 641 602 Mitglieder (31. Dezember 1950: 5 449 990).

Die höchste Mitgliederzahl hatte die Industriegewerkschaft Metall mit 1 452 892 (1 352 010). Ihr folgten die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr mit 749 890 Mitgliedern (726 004) und die Industriegewerkschaft Bergbau mit 590 897 Mitgliedern (580 661).

Das Arbeitsgericht entscheidet

Der wichtige § 7 regelt die Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Arbeitsgerichtes: „Stellt das Gericht fest, daß das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst ist, ist jedoch dem Arbeitnehmer die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nicht zuzumuten, so hat auf seinen Antrag das Arbeitsgericht das Arbeitsverhältnis aufzulösen und den Arbeitgeber zur Zahlung einer Abfindung zu verurteilen. Die gleiche Entscheidung hat das Arbeitsgericht auf Antrag des Arbeitgebers zu treffen, wenn er die Auflösung des Arbeitsverhältnisses aus Gründen verlangt, die eine den Betriebszwecken dienliche weitere Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht erwarten lassen. Der Antrag des Arbeitgebers ist jedoch abzulehnen, wenn der Arbeitnehmer die Unrichtigkeit dieser Gründe in wesentlichen Punkten beweist oder wenn die Kündigung offensichtlich willkürlich oder aus nichtigen Gründen unter Mißbrauch der Machtstellung des Arbeitgebers im Betrieb erfolgt ist. Arbeitnehmer und Arbeitgeber können den Antrag auf Auflösung des Arbeitsverhältnisses bis zum Schluß der letzten mündlichen Verhandlung in der Berufungsinstanz stellen.“

Abfindung

Gemäß § 8 ist als Abfindung ein Betrag bis zu zwölf Monatsverdiensten festzusetzen. Ferner ist die Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst, das Verhältnis zu sonstigen Kündigungen, die Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses im Falle einer neuen Arbeit geregelt. Die Vorschriften dieses ersten Absatzes gelten nach § 12 nicht für Angestellte in leitenden Stellungen, d. h. a) in Betrieben einer juristischen Person für die Mitglieder des Organs, das zur gesetzlichen Vertretung der juristischen Person berufen ist, b) in Betrieben einer Personengesamtheit für die durch Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag zur Vertretung berufenen Personen, c) für Geschäftsführer, Betriebsleiter und ähnliche leitende Personen, soweit diese zur selbständigen Einstellung oder Entlassung von Arbeitnehmern berechtigt sind.

Sonderbestimmungen

Der zweite Abschnitt des Gesetzes befaßt sich mit dem Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder, der dritte Abschnitt mit dem Kündigungsschutz bei Massenentlassungen. Im vierten Abschnitt über die Schlußbestimmungen wird u. a. der Geltungsbereich des Gesetzes abgegrenzt. Demnach gilt der allgemeine Kündigungsschutz nicht für Betriebe und Verwaltungen, in denen in der Regel fünf oder weniger Arbeitnehmer ausschließlich der Lehrlinge beschäftigt werden.

Warnung!

Der Bundesjugendausschuß des DGB warnt in einer Erklärung alle jungen Gewerkschafter vor einer Beteiligung an den sogenannten „Jungarbeiterkonferenzen“ sowie an den „Weltfestspielen der Jugend und Studenten“, da es sich in beiden Fällen um getarnte bolschewistische Veranstaltungen handelt.

„Der Bundesjugendausschuß des DGB betrachtet es als eine Selbstverständlichkeit“, so heißt es in der Erklärung, „daß kein junger aufrechter Gewerkschafter bereit ist, sich an Veranstaltungen bzw. Aufrufen einer politischen Gruppe zu beteiligen, die es als ihr Lebensgesetz betrachtet, die Mitglieder der Gewerkschaften in der schamlosesten Form zu diffamieren und zu beleidigen. Wer ungeachtet unserer eindringlichen Warnung sich trotzdem dazu hergibt, diese Machenschaften zu unterstützen, handelt gewerkschaftsschädigend und muß die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, tragen.“

Neue Auslandsreisen im DGB-Ferienprogramm

Neben den schon bestehenden Möglichkeiten im Rahmen des DGB-Ferienprogramms hat die Abteilung Ferienbetreuung beim DGB-Bundesvorstand für die diesjährige Saison preisgünstige Reisen nach England und Norwegen organisieren können. Bei dieser Gelegenheit sei auch nochmals auf die früher schon angekündigten Schweiz-Reisen hingewiesen.

Alles Nähere ist zu erfahren über die Orts- und Kreis-ausschüsse des DGB sowie die Ortsverwaltungen der Gewerkschaften, die mit Rundschreiben über die Einzelheiten laufend unterrichtet werden.

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder konnten im Monat Juni ihr Dienstjubiläum feiern:

40jähriges Dienstjubiläum

Kwiatkowski, Albert	Masch.-Abt. Hochofen	Josefiak, Michael	Walzwerk I
Bernard, Albert	Masch.-Abt. Stahlwerke	Lischek, Richard	Eisenbahn-Abteilung
Lehmann, Wilhelm	Eisenbahn-Abteilung	Auschwitz, Friedrich	Mech. Werkst. Stahlbau

25jähriges Dienstjubiläum

Kraft, Hermann	Werksaufsicht	Ernest, Johann	Masch.-Abt. Stahlwerke
Dorawa, Johann	Hochofen	Pfeil, Albert	Masch.-Abt. Feinwalzwerke
Kubiak, Roman	Werk Barop	Schmechel, Paul	Sozial-Werkstätten
Kneisch, Franz	Mech. Werkstätten		

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute

UNSERE

Jugend

Wo steht unsere Jugend?

Nach Erlass des Staatsjugendgesetzes erfaßte die HJ einschließlich ihrer Unterorganisationen insgesamt 6,5 Millionen Mitglieder. Diese Zahl entsprach zwar etwa 9 Prozent der damaligen Bevölkerung, aber nur etwa 65 Prozent der Jugend zwischen 10 und 18 Jahren.

Heute zählt Deutschland 66 Millionen Einwohner, und zwar 48 Millionen in Westdeutschland und 18 Millionen in Ostdeutschland. Es ist nun erstaunlich, daß allein in Westdeutschland rund 4,5 Millionen Jugendliche irgendwie organisiert sind, was annähernd genau dem gleichen Prozentverhältnis entspricht wie unter der Ära der Staatsjugend. Prozentual gliedert sich die organisierte Jugend wie folgt:

Sportjugend	33 %
kath. Jugend	21 %
ev. Jugend	20 %
Gewerkschaftsjugend	14 %
Falken	3 %
Naturfreunde	3 %
kulturelle Gruppen	3 %
Wandervogel	0,9 %
Pfadfinder	0,9 %
FDJ	0,7 %
sonstige Gruppen	0,5 %

Hinsichtlich der drei ersten Gruppen ist zu sagen, daß sie praktisch nichts anderes sind als die Summe der in unzähligen Einzelverbänden aufgliederten sporttreibenden Jugendlichen oder — konfessionell — der Vielfalt paralleler loser Gruppen, z. B. CVJM, Christl. Pfadfinder, Bund für entschiedenes Christentum, Junge Gemeinde, örtliche Pfarrjugend usw. Die Größe des erreichten Prozentverhältnisses

steht hier im umgekehrten Verhältnis zu der inneren Straffheit.

Es scheint fast ein Symptom zu sein, daß nur ein geringer Prozentsatz der durch Organisationen erfaßten Jugend wirtschaftspolitisch und politisch ausgerichtet ist.

Im großen gesehen ist die prozentuale Aufgliederung der Jugend interessant. Wir wissen, wo die Jugend steht; wir wissen auch, was sie treibt. Wir wissen aber nicht — und das sollte jedem Älteren zu denken geben — wie unsere Jugend, unser kommender Nachwuchs, in ihre Aufgaben als politische und wirtschaftliche Staatsbürger hineinwachsen wird und kann.

Elternberatung

Die Lehrwerkstatt hatte die Eltern der in diesem Frühjahr eingestellten Lehr- und Anlernlinge zu einer Elternberatung eingeladen, an der auch Arbeitsdirektor Berndsen, Vertreter der Berufsschule, die Betriebsvertretung und der Jugend- und Lehrlingsausschuß teilnahmen.

Arbeitsdirektor Berndsen und Ausbildungsleiter Freund betonten die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit zwischen Elternhaus, Ausbildungsbetrieb und Berufsschule, die im Interesse der Jugend gepflegt werden müsse.

Die Zusammenkunft, die von fast allen Eltern besucht war, gab ihnen die erwünschte Gelegenheit, die von den Jungen während der bisherigen Anlernzeit angefertigten Werkstücke zu besichtigen und mit den Ausbildern und den Lehrern der Berufsschule Rücksprache über die Leistungen ihrer Söhne halten zu können.

In Bremen steht nicht nur „Roland der Riese“ . . .

Das hätte sich der alte Bremer Käpt'n nicht träumen lassen, daß in dem für seine „schwesterliche Liebe“ erbauten Sommersitz jetzt jungen Gewerkschaftlern über die Bewertung der Arbeitsleistung einer Hausfrau, eines Drehers oder eines Sandschauflers die Köpfe rauchen. (Nebenbei schnitt die Hausfrau bei den Beratungen sehr gut ab, was den Ehemännern eigentlich nichts Neues sein dürfte!) 25 Kilometer westerabwärts, in dem Bremer Vorort Blumenthal, liegt eine der acht Schulen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, „Burgwall“, eine Stätte der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit. Kollegen, die in den Organisationen aktiv mitarbeiten, sollen hier das für den heutigen Wirtschafts- und Arbeitsprozeß notwendige Rüstzeug erhalten.

In echter Kameradschaft und Solidarität schwitzen wir zu über 20 aus dem gesamten Bundesgebiet stammenden Kollegen in einem sechstägigen Lehrgang über die Probleme der Leistungs- und Arbeitsbewertung. Die Kollegen Dr. Heitbaum und Schoppe vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut Köln machten es sich und uns nicht leicht (selbst die Freizeit wurde immer wieder gekürzt), um uns mit diesem wichtigen Gebiet vertraut zu machen. Es kam hierbei nicht darauf an, „Refa“-Leute auszubilden, sondern man wollte uns vor allem den gewerkschaftlichen Standpunkt zu all diesen Fragen klarlegen.

Am Abend fand sich Gelegenheit, uns gegenseitig kennenzulernen und Gedanken zu allen gewerkschaftlichen Angelegenheiten auszutauschen. Der Arbeitskreis mit dem Kollegen Dr. Floeter über das „Managertum“ war recht inter-

essant. Die alten „Bremer Vertellkes“, die der Leiter der Schule, Kollege Hermann Lücke, am Abschiedsabend zum besten gab, waren der Auftakt zu manchem Schnack aus allen Gauen.

Unser auch hier aufliegendes Mitteilungsblatt fand stets interessierte Leser. — Th —

Vom Arbeitskreis

Der Arbeitskreis tritt weiterhin regelmäßig zusammen. Ein Vortrag des Hauptreferenten Osterkamp vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB über „das Wirtschaftsprogramm des DGB“ wurde innerhalb des Arbeitskreises lebhaft diskutiert.

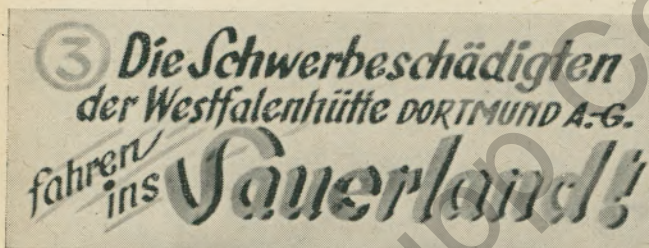
Giese (Verkauf) entwickelte in einem exakt ausgearbeiteten Vortrag die Entwicklung auf dem Eisen-Weltmarkt seit Kriegsende.

Thiesbrummel (Sozialabteilung) sprach eingehend über die Sozialarbeit auf der Hütte. Die Besichtigung der Sozialwerkstätten usw. soll nachgeholt werden.

Sehr interessant durch die Schaffung von Vergleichsmöglichkeiten war die Besichtigung des Werkes Dortmunder Union des DHHV.

Durch weitere Vorträge und Führungen über und durch unser Breitbandwalzwerk, die Drahtverfeinerung und die Versuchsbetriebe ist ein Abschnitt in der Tätigkeit des Arbeitskreises abgeschlossen. Man will sich nunmehr spezifizierten Aufgaben widmen. Es soll ein entsprechender Veranstaltungsplan aufgestellt werden, wobei auch die Frage, wie die einzelnen Teilnehmer zur ständigen regen Mitarbeit herangezogen werden können, Beachtung finden soll.

FÜR DIE SCHWERBESCHÄDIGTEN



Wir fahren zur Alexanderhöhe

Die alljährlich stattfindende Ausfahrt sämtlicher Schwerbeschädigten unseres Werkes führte diesmal mit zwölf Omnibussen zur Alexanderhöhe bei Iserlohn. Insgesamt 500 Personen — neben den Schwerbeschädigten die Betriebsleiter der einzelnen Betriebe und Abteilungen, die Betriebsratsmitglieder und Vertreter der Behörden — sammelten sich in wahrhaft festlicher Stimmung. Leo Eilebrecht fand herzliche Worte der Begrüßung. Oberbürgermeister Schäfer, Iserlohn, stellte in seiner Begrüßungsansprache die Betriebsfamilie als die Urzelle der Wirtschaft heraus und zeigte am Beispiel der Westfalenhütte den großen Wandel, den das Verhältnis der Arbeitnehmer zu ihrem Betrieb in der jüngsten Zeit durchgemacht habe. Max Schallon überbrückte die Zeit zwischen den einzelnen Essen gewohnt meisterlich. Ein Begrüßungstelegramm des Direktors Dr. Harr, der durch dienstliche Besprechungen in Düsseldorf abwesend sein

mußte, wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Arbeitsdirektor Berndsen stellte die Praxis bei der Westfalenhütte heraus, die Schwer- und Schwerstbeschädigten vollgültige Kameraden und Wirtschaftsbürger werden zu lassen. Schwerbeschädigtenobmann Karl Ahrens fand herzliche Worte des Dankes an Vorstand und Betriebsvertretung, die den Abend, der erheblich zur Vertiefung des guten Verhältnisses zwischen allen Werksangehörigen beitrug, ermöglichten. Ein buntes Programm und die musikalischen Darbietungen des Werksorchesters unter Georg Saunus schufen den passenden Rahmen.



A r b e i t e u n f a l l s i c h e r !

„Hafenwiese“ im neuen Heim

Im Rahmen einer Feierstunde wurde das neuerbaute Vereinsheim des Kleingartenvereins Hafenwiese e. V. in der Gartenanlage an der Schützenstraße eingeweiht.

Arbeitsdirektor Alfred Berndsen sprach über die Pflege und Förderung der Kleingartenanlagen von seiten des Vorstandes der Westfalenhütte und gab einen Überblick über die Entstehung der Anlage.

Nach dem ersten Weltkriege war das deutsche Volk ebenso arm an Nahrungsmitteln wie nach dem letzten Krieg. Vor 1914 waren Kleingärten — mit wenigen Ausnahmen — kaum vorhanden. So hatte z. B. die Hoesch-AG vor 1914 etwa zehn kleine Parzellen an Belegschaftsmitglieder, die Viehhalter waren, verpachtet. Nach dem ersten Weltkriege, im Frühjahr 1919, entstand plötzlich eine gewaltige Nachfrage nach Kleingartenland oder, wie wir heute sagen, nach sogenanntem „Grabeland“. Die Bewerber dachten damals nicht so sehr an die ideale Seite, sondern wollten lediglich ihre Ernährung etwas verbessern durch Gemüse- und Kleintierhaltung. Nun kann man aber Land nicht so vermehren wie die Bedarfsgüter des täglichen Lebens. Wir konnten es uns damals nicht leisten, in Kultur stehendes Ackerland in Kleingärten aufzusplitteln und unerfahrenen Leuten zu überlassen, die erst ihre Kenntnisse im Gartenbau erwerben mußten.

Auf der Suche nach einem Gelände, das für die Landwirtschaft entbehrte werden konnte, kamen wir auf das Grundstück zwischen Schützen-, Bülow-, Speicherstraße und der Hobertsburg (Aalbach). Dieses ganze Gelände wurde von unserem Gutshof in Eving als Wiese benutzt. Wegen der großen Entfernung zum Gutshof wurde das Grundstück für Kleingärtner freigegeben. Dieses Land war für die Kleingärtner sehr wertvoll, da es inmitten eines dichtbewohnten Gebietes lag und die Leute unmittelbar ohne weite Anmarschwege zu ihrem Garten konnten. Bei der ersten Aufteilung wurde an eine geschlossene, sogenannte Daueranlage noch nicht gedacht. Erst später, als der Kleingartengedanke immer mehr Wurzel faßte und sich die Ernährungslage besserte, änderte sich auch der Charakter der Gärten durch Bepflanzung mit besseren Gemüsesorten, Blumen, Beerensträuchern und Obstbäumen. Der eine oder andere Pächter errichtete auch eine Laube.

Da man in der Öffentlichkeit immer mehr den Wert der Kleingärten als „verlängerte Wohnung“ und als „grüne Lunge“ in der Großstadt schätzen lernte, gingen wir dazu über, das ganze Gelände als eine soziale Einrichtung des Werkes auszubauen und zu verschönern. Dieser Plan war selbstverständlich nur durchführbar, wenn alle Pächter durch

Selbsthilfe einen Beitrag leisteten und sich in die große Gemeinschaft einfügten. Dazu bedurfte es der Gründung eines Vereins, der als „Kleingartenverein Hafenwiese e. V.“ im Jahre 1930 gegründet worden ist.

Der erstrebte Erfolg dieser Maßnahme blieb nicht aus. Es herrschte bald reges Leben und Treiben in der Anlage. Es entstanden immer mehr und schönere Gartenlauben, und jeder wetteiferte um den schönsten Garten. Trotzdem in der Zeit vor diesem Kriege in Zeiten der Hochkonjunktur, als eine Gemüseschwemme herrschte, diese Kleingärtner darüber ausgelacht wurden, ihren eigenen Kohl zu bauen, blieben die „Hafenwieser“ ihrem Boden treu. Für diese Treue wurden sie auch insofern belohnt, als sie im letzten Krieg und in der Vorwährungszeit um den Besitz eines solchen Gartens beneidet wurden.

Wie zu erwarten war, wurden viele Gartenbenutzer dem Kleingartengedanken untreu, als nach der Währungsreform wieder die Versorgung mit Gemüse in ausreichendem Maße erfolgte. Um diese Leute ist es nicht schade. Durch eine vernachlässigte Pflege ihrer Gärten beeinträchtigen sie den Gesamteindruck der Anlage.

Die „Hafenwiese“ hat seit ihrer Gründung mehrere Gewächser bekommen, ist und bleibt aber die größte und repräsentativste Anlage dieser Art. Die Westfalenhütte wird die bisherige Tradition in der Pflege der Kleingartenanlagen im Rahmen des möglichen fortsetzen.

Betriebsratsvorsitzender Gustav Schwentke überbrachte die Grüße der Betriebsvertretung. Der Vorsitzende des Landesverbandes der Kleingärtner, Siebert (Bochum), gab einen Rückblick auf die Entwicklung der Kleingartenbewegung: Wir alle müssen und wollen arbeiten — arbeiten, weil wir leben wollen, produzieren, weil wir exportieren wollen, und exportieren, weil wir importieren müssen. Es ist die gute deutsche Qualitätsarbeit, mit der wir uns auch heute noch auf dem Weltmarkt sehen lassen können. Wenn das deutsche Unternehmertum sich seiner hohen Aufgabe bewußt ist, dann muß es auch wissen, daß zur Erstellung von Qualitätsgütern nicht nur neuzeitliche Produktionsmittel, sondern auch Qualitätsarbeiter gehören. Es sind nur wenige Unternehmer gewesen, die den sozialen Charakter, den kulturellen Sinn und die ethische Bedeutung der Kleingartenbewegung verstanden haben. Zu den ersten gehörte die Hoesch-AG, die heutige Westfalenhütte. Auch dieses Heim wurde durch die tätige Mithilfe des Werkes vollendet, es entstand durch die Gemeinschaft und für die Gemeinschaft. Immer möge deshalb der Gemeinschaftsgeist herrschen und ausrichten.

Unfälle im Monat Juni

Im Monat Juni ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 111 leichte Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeitsstelle 15 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschaftszahl	leicht	schwer	tödl.	Summe
Hochofen	607	10(9)	—(—)	—(—)	10(9)
Zementfabrik	77	—(—)	—(—)	—(—)	—(—)
Thomaswerk	276	4(3)	—(—)	—(—)	4(3)
Martinwerk	500	9(14)	—(—)	—(—)	9(14)
Stiefabrik	135	2(3)	—(—)	—(—)	2(3)
Phosphatmühle	78	—(1)	—(—)	—(—)	—(1)
Kaliberwalzwerke	1038	19(19)	—(—)	—(—)	19(19)
Blechwerk I/II	378	9(12)	—(—)	—(—)	9(12)
Werk Barop	503	11(19)	—(—)	—(—)	11(19)
Breitbandwalzwerk	155	3(—)	—(—)	—(—)	3(—)
Spez. Blechwalzwerk	146	—(3)	—(—)	—(—)	—(3)
Preß- und Hammerwerk	147	4(5)	—(—)	—(—)	4(5)
Werkstatt Stockheide	37	1(—)	—(—)	—(—)	1(—)
Kaltwalzwerk	282	3(4)	—(—)	—(—)	3(4)
Drahtverfeinerung	344	5(4)	—(—)	—(—)	5(4)
Maschinenabteilung	1264	8(5)	—(—)	—(—)	8(5)
Elektr. Abteilung	465	1(3)	—(—)	—(—)	1(3)
Mech. Werkstätten	521	6(6)	—(—)	—(—)	6(6)
Eisenbahnbetriebe	842	10(11)	—(—)	—(—)	10(11)
Baubetriebe	455	3(1)	—(—)	—(—)	3(1)
Fahrbetriebe	67	1(1)	—(—)	—(—)	1(—)
Versuchsbetriebe	112	—(—)	—(—)	—(—)	—(—)
Sonstige Betriebe	313	—(1)	—(—)	—(—)	—(1)
Lehrwerkstatt	298	2(7)	—(—)	—(—)	2(7)
Sozialbetriebe	252	—(2)	—(—)	—(—)	—(2)
Hauptverw.- u. Betr.-Angest.	1419	—(1)	—(—)	—(—)	—(1)
Summe	10711	111(130)	—(—)	—(—)	111(130)
Wegunfälle		15(9)	—(—)	—(—)	15(9)

Die vorgekommenen Unfälle wurden laufend untersucht und die Unfallursachen, soweit wie möglich, nach Rück-

sprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern sofort abgestellt.

Am 18. Juni 1951 besichtigten Obergewerberater Franke und Gewerberater Brune die Unfallschutzeinrichtungen im Kaltwalzwerk, Breitbandwalzwerk, Thomasgebläsehaus und in der Dreherei II.

Am 12. Juni 1951 fand eine Besprechung mit den Unfallvertrauensmännern der Hütte und am 19. Juni mit denen des Werkes Barop statt. Es wurden besonders typische Unfälle und Unfallquellen in den Betrieben besprochen. Anschließend brachten die Unfallvertrauensmänner Wünsche ihrer Abteilungen vor, die, nach Rücksprache mit den Betrieben, baldigst beseitigt werden sollen.

Im Berichtsmonat wurden von uns die Unfallschutzeinrichtungen im Thomaswerk, auf dem Schrottplatz (neue Schrottpresse) und in den Maschinenhäusern der Hochöfen besichtigt.

An der Walzendreherei wurde ein neues Hinweisschild „Gefahrenzone“ angebracht.

Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk:

Johann Ruppel, Masch.-Abt. Hochofen,
Franz März, Kaliberwalzwerke,
Wilhelm Reichert, Eisenbahn,
Paul Biallas, Martinwerk,
Erich Jeske, Martinwerk.

Der Tod im Wasser

Der Tod im Wasser kann vielerlei Ursachen haben. Tauchen oder Springen darf nur, wer völlig schadloze Hörorgane besitzt. Wird nämlich das Labyrinth im inneren Gehörgang beschädigt, was bei offenem Trommelfell durch eintretendes Wasser stets der Fall sein kann, dann verliert der Schwimmer plötzlich jede Orientierungsmöglichkeit. Seine Schwimmbewegungen werden ungeordnet und er macht den Eindruck eines schwer Benommenen, der sich im Wasser nicht mehr zurechtfindet. Wenn keine Hilfe in der Nähe ist, kann sich ein Mensch, der die Gleichgewichtsorientierung verloren hat, nicht mehr aus dem Wasser retten.

Gehörgeschädigte sollten also beim Schwimmen stets den Kopf über Wasser haben, da sie sich dann im Falle einer Labyrinthreizung mittels des Auges über ihre Schwimmlage orientieren können. Außerdem sollten sie einen ölgetränkten Wattebausch in den Ohren haben, um das Eindringen von Wasser zu verhindern.

Wer blaß wird, muß 'raus

Gefährlich ist das Schwimmen in zu kaltem Wasser, weil es hier zu plötzlichen Kreislaufstörungen kommen kann, die tödlich verlaufen. Bei längerem Schwimmen läßt das kalte Wasser die Blutgefäße der Haut krampfartig zusammenziehen; das Blut dringt von den Außenbezirken des Körpers nach innen (der Schwimmer erbleicht) und füllt die Blutgefäße der Bauchhöhle, wodurch es zu einer Art „innerer Verblutung“ kommt.

Ärzte empfehlen daher, vor längerem Verweilen im Wasser (wie beim Wasserballspielen oder bei Dauerschwimmen) die Haut stark einzufetten. Verliert ein Schwimmer im Wasser plötzlich die Gesichtsfarbe, dann ist

es höchste Zeit für ihn, sich an Land zu begeben und sich tüchtig zu erwärmen.

Manche Schwimmer neigen zu Wadenkrämpfen, die bei unbedachtsamem Verhalten und durch Angstzustände zum Ertrinkungstod führen können. Ein Krampf, der durch Überanstrengung in bestimmten Muskelgruppen auftritt, wird am besten dadurch beseitigt, daß sich der Schwimmer auf den Rücken legt und, ohne besondere Schwimmbewegungen zu machen (Totenschwimmen), ruhig verhält, bis der Muskelkrampf wieder abgeklungen ist.

Sauerstoff kann helfen

Der Ertrinkungstod ist ein typischer Erstickungsvorgang. Dadurch, daß die Luft in der Lunge verbraucht wird, kommt es zu einer Übersättigung des Blutes mit Kohlensäure, so daß lebenswichtige Zentren, wie das Atmungs- und Kreislaufzentrum, durch dieses Gas vergiftet werden.

Bei allen im Wasser Verunglückten sollte man unter allen Umständen, auch wenn sie vermutlich schon längere Zeit im Wasser lagen und keinerlei Lebenszeichen mehr von sich geben, sofort Wiederbelebungsversuche anstellen. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Atmungscentren im Gehirn bis zu fünfzehn Minuten lang den Sauerstoffmangel und damit die Kohlensäurevergiftung ertragen können, daß sie also nach Zufuhr von Sauerstoff wieder das Bewußtsein erlangen.

Die aussichtsreichste Wiederbelebungs-methode ist die sogenannte Silvestersche Atmung: Rückenlage, herabhängender, seitlich gedrehter Kopf, Unterkiefer vor die obere Zahnreihe, Vorziehen der Zunge. Bei Beobachtung aller erforderlichen Vorsichtsmaßregeln (Aufklärung in den Schulen!) könnte die Zahl der Ertrinkenden auch in diesem Sommer radikal zurückgehen.

Siedler bauen in Kirchderne

Auf dem Gelände unserer Franz-Zimmer-Siedlung in Kirchderne herrscht wieder Hochbetrieb. Noch in diesem Jahre sollen dort 20 weitere Siedlungshäuser mit insgesamt 40 Wohnungen bezugsfertig werden. Die Ausschachtungsarbeiten werden, wie unser Bild zeigt, durch einen Bagger vorgenommen. Trotzdem ergeben sich für den Einsatz von Selbsthilffarbeitern der Siedler ausreichende Möglichkeiten. Die bereits seit langem feststehenden Werksangehörigen, für die diese Häuser erstellt werden, sind mit ganzen Herzen und ganzer Kraft bei der Arbeit. Sie verwenden durchweg ihre Urlaubstage für die jetzt anfallenden Arbeiten, damit es ihnen noch gelingt, die Häuser in diesem Jahre zu beziehen.

Bei den jetzt zu errichtenden Häusern handelt es sich um die gleichen Typen wie bei dem 1. und 2. Bauabschnitt dieser Siedlung.

Auch diese jüngsten Siedler würden in dieser kurzen Zeit nicht zu einem Eigenheim kommen können, wenn nicht auch hier das Werk mit einem erheblichen finanziellen Beitrag dafür gesorgt hätte, daß die fehlenden Mittel sichergestellt werden.



Wohnungssuchende!

Zur Ermittlung des echten Wohnraumbedarfs unserer Belegschaft ist die Aufstellung einer neuen Wohnungssuchkartei notwendig. Allen wohnungssuchenden Belegschaftsmitgliedern wird anheimgestellt, einen neuen „Antrag auf Zuweisung einer Werkswohnung“ zu stellen.

Auch diejenigen Belegschaftsmitglieder, die bereits einen Antrag gestellt haben, müssen einen neuen Antrag stellen.

Die Antragsformulare sind bei der Abteilung Wohnstätten, Eberhardstraße 23/I, Zimmer 7, erhältlich, bei der sie auch ausgefüllt wieder abzugeben sind.

Wir weisen unsere Belegschaftsmitglieder nochmals darauf hin, daß das ständige Nachfragen nach Wohnraum zwecklos ist. Jeder Wohnungsbewerber bekommt im Falle der Zuweisung einer Wohnung schriftlichen Bescheid. Das Datum der Antragstellung ist nicht von Wichtigkeit; entscheidend für die Zuweisung einer Wohnung ist die Dauer der Werkszugehörigkeit.

„Der Wandelstern“, Leipzig-Grimma, schrieb im Jahre 1845:

Rauchende Frauen

Die Frauen-Emancipation schreitet in Deutschland, vorzüglich aber in Berlin, der intelligentesten Stadt Deutschlands, auf eine merkwürdige Weise vorwärts. Sie hat die überraschendsten Resultate. In den dortigen glänzenden Zirkeln sprechen Mädchen von 19 bis 20 Jahren mit einer Sicherheit über Guizot, Thiers, Kammer- und Durchsuchungsgesetze, die ans Fabelhafte gränzt. Viele dieser Miniatur-Georges-Sand verschmähen schon jetzt die Cigarre nicht; neulich kam es sogar vor, daß eine elegante Dame einen Herrn mit brennender Cigarre auf offener Straße anhielt, um die ihrige anzuzünden. Alles köstliche Aussichten! Wie lange wird's noch dauern, so legen sie Hosen an, treiben die Männer mit der Reitpeitsche in die Küche und säugen ihre Kinder zu Pferde. Kleinigkeit für eine Emancipierte! Ein öffentliches Damen-Cafeehaus wird auch schon eingerichtet, dort sollen zugleich Debatten über das Verhältniß der Frauen losgelassen, dabei ein Cigarrchen geraucht, die neuesten Journale gelesen, genug — ein Herren-Leben geführt werden. Wie sich die Berliner Ehemänner freuen werden, wenn sie ihre liebenden Weiber mit brennender Cigarre an die klopfende Brust drücken? Auf jeden Fall — piui Teufel!

Enger schnallen

Es wird jeder Deutsche in der Bundesrepublik heute gut tun, sich ehrlich zu fragen, ob und wieviel er an dem geliehenen Marshall-Wohlstand seit der Währungsreform teilgenommen hat. Nicht wenige werden eingestehen müssen, daß sie in den Jahren des Zusammenbruches inmitten des Trümmerschuttes, des Hungers und Währungsverfalls, der Bezugsscheinqual und Verkehrsnot von weitem nicht daran gedacht hätten, nach so kurzer Zeit wieder in altgewohnten, bürgerlichen Verhältnissen zu leben. Das Geld, das durch die Hände fließt, ist zwar sehr teuer und kostbar, aber zum Sparen brennt es zu heiß auf der Hand. Die Zukunft ist nach allem, was geworden ist, ein dunkler Abgrund. Die Gegenwart ist ein Geschenk, dem auf die Dauer nicht zu trauen ist. Das Leben hat sich an viele Schönheiten gewöhnt, die

es früher gar nicht kannte. Das Atmo gehört schon zum „guten Ton“. Technik und Komfort schreiten über die Trümmer hinweg zu neuen Ausblicken. Wie von einem Sog wird jeder mitgerissen, der es mit der Konkurrenz zu tun hat. Der Feind ist zwar die Steuer, und manches geht nicht mehr so glatt wie gewohnt. Kreditquellen versiegen. Die Preise verlieren ihr Maß, der Umsatz stockt, die Schulden wachsen. Aber der Augenblick war doch schön! Können wir nicht immer noch sagen: hoppla, wir leben! (Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg.)



In unserer Kindererholungsanlage

Schützt eure Kinder!

Die Zahl der Sittlichkeitsdelikte steigert sich erschreckend. Allein in den letzten drei Monaten wurden in Dortmund 89 Sittlichkeitsverbrecher festgenommen, die sich vorwiegend an Jugendlichen vergangen hatten. Unter ihnen hatte sich einer in zwanzig Fällen schuldig gemacht.

Unsere Kinderfeste

Trotz eines wenig günstigen Wetters hatten sich zu unserem ersten Kinderfest des Jahres über 2500 Kinder in unseren Sport- und Erholungsanlagen eingefunden. Was schießt das Wetter die Kleinsten und Kleinen! Sie alle hatten ihre helle Freude an den Späßen des Onkel Albert und an seinem spannenden Stierkampf. Sie alle jubelten und tollten so recht nach Herzenslust und trugen viel Freude mit in ihr Heim, das wegen der immer noch als Kriegsfolge herrschenden Wohnungsnot allzuoft nur ein Not-Heim ist. Und so ist es das Verdienst der Westfalenhütte, wie durch die Erhaltung und den Ausbau der Erholungsanlagen, des Kindergartens, der Spielwiesen, so auch durch die Veranstaltung der Kinderfeste mit dazu beizutragen, daß möglichst viel Freude und Licht in die Kinderherzen gesenkt wird.

Die Kinderfeste finden wieder Mitte August und am 3. September statt. Und dann soll das Wetter besonders gut sein, ist der Wunsch aller großen und kleinen Kinder.



Baderäume im Hauptverwaltungsgebäude

Neben den vielfachen und umfangreichen Baderäumen innerhalb des Werkes wurde nunmehr auch im Hauptverwaltungsgebäude eine kleine Badeanstalt geschaffen und am 27. Juni eröffnet. Sie umfaßt vier Wannen- und drei Brausebäder. Diese Badeeinrichtung steht als Reinigungsbad allen Belegschaftsmitgliedern des alten und neuen Verwaltungsgebäudes zur Verfügung, und zwar:

Männer: am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag;

Frauen: am Mittwoch und Sonnabend.

Bademöglichkeit besteht täglich zwischen 7 und 19 Uhr. Die Benutzung der Baderäume ist unentgeltlich. Karten werden ausgegeben von der Hausverwaltung, Zimmer 301, Ruf 156. Telefon-Nummer des Bade- raumes 5163.

Die Benutzung der Baderäume ist also während der Dienst- stunden möglich, doch wird erwartet, daß der Dienst nicht darunter leidet.

Badeanstalt

Die Betriebskrankenkasse teilt mit:

Wir teilen unseren Mitgliedern mit, daß wir versuchs- weise den Betrieb unserer Badeanstalt von 7.30 bis 16.30 Uhr durchführen werden. Nachdem die neue Badeeinrichtung im Hauptverwaltungsgebäude in Betrieb genommen ist, können wir Reinigungsbäder infolge der starken Inanspruchnahme der Badeanstalt nicht mehr abgeben. Es können nur medi- zinische Bäder auf Grund ärztlicher Verordnung abgegeben werden.

UNFALLANZEIGEN

Wiederholte Reklamationen der Berufsgenossenschaft veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß jeder Arbeits- unfall sofort dem zuständigen Meister gemeldet werden muß. Da man die Folgen eines Unfalls niemals voraussehen kann, muß diese Meldung auch dann ge- schehen, wenn der Verletzte nicht die Absicht hat zu feiern; denn niemand kann vorher wissen, ob er nicht doch noch feiern muß.

Eine schöne Tat beim Betriebsausflug

Auch in den letzten Wochen hat wieder eine Reihe Betriebe und Abteilungen ihre Sommerausfahrten in die nähere und weitere Umgebung durchgeführt. Sie alle ver- liefen nach den uns vorliegenden Berichten in harmonischer und kameradschaftlicher Verbundenheit. Wenn wir eine Fahrt besonders herausstellen, so hat das seinen guten Grund:

Die Rohstoffabteilung hatte ihren Abteilungs- ausflug, um das Angenehme mit dem Nützlichen zu ver- binden, zu einer Erzgrube im Harzvorland unternommen. Es wurde auch dort in die Grube eingefahren. Von der Grubenleitung wurde die anstrengende Tätigkeit des Berg- arbeiter dadurch demonstriert, daß man die Angehörigen unserer Rohstoffabteilung eine Fahrrolle hochklettern ließ, so daß keinem von ihnen ein trockener Faden auf dem Leibe blieb. Durch das Heraufklettern wurde der Abtrans- port eines Bergmannes, dem durch Steinschlag ein Bein gebrochen war, verzögert. Sofort erklärten sich sämtliche Abteilungsangehörigen nach Abschluß der Grubenfahrt be- reit, den ihnen von der Westfalenhütte gegebenen Zuschuß zu dem Abteilungsausflug restlos dem verun-

glückten Kumpel als Spende zur Verfügung zu stellen.

Wir registrieren diese schöne Tat als ein Zeichen der tiefen Verbundenheit, die uns alle in Erz und Stahl und Kohle erfaßt.

Wohnungstausch

In Anbetracht der immer noch großen Wohnungsnot und aus der Erfahrung heraus, daß oftmals Werksangehörige Wohnungen tauschen wollen, werden wir an dieser Stelle künftig Wohnungstausch-Angebote veröffentlichen.

Alle Zuschriften, Nachfragen usw. bitten wir zu richten an die Abteilung Wohnstätten, Eberhardstraße 23.

1. Pensionär, Inhaber einer Werkswohnung von 2 Zimmern und Küche (Mansarden), in unmittel- barer Werknähe, in gutem Hause, sucht zwei- räumige Wohnung in einem Vorort oder außer- halb Dortmunds mit Stall und kleinem Garten.
2. Werkfremder bietet eine Werkswohnung in der Klönnestraße, bestehend aus 3 Zimmer, ab- geschlossen, gegen eine gleichwertige in einem Privathause im Raume Derne zu tauschen an.

Biete: 2 Zimmer und Küche mit eingebautem Bad, Neubau, Werkswohnung Westfalenhütte. Miete 42 DM oder eine 2-Zimmer-Wohnung m. Mansarde, Miete 21 DM, mit Gas.

Suche: Abgeschlossene 3—4-Zimmer-Wohnung mit Gas.

Auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte ver- unglückte tödlich das Belegschaftsmitglied

Gustav Heidemann

Eisenbahn

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft betrauern seinen Tod und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Vom Menschen

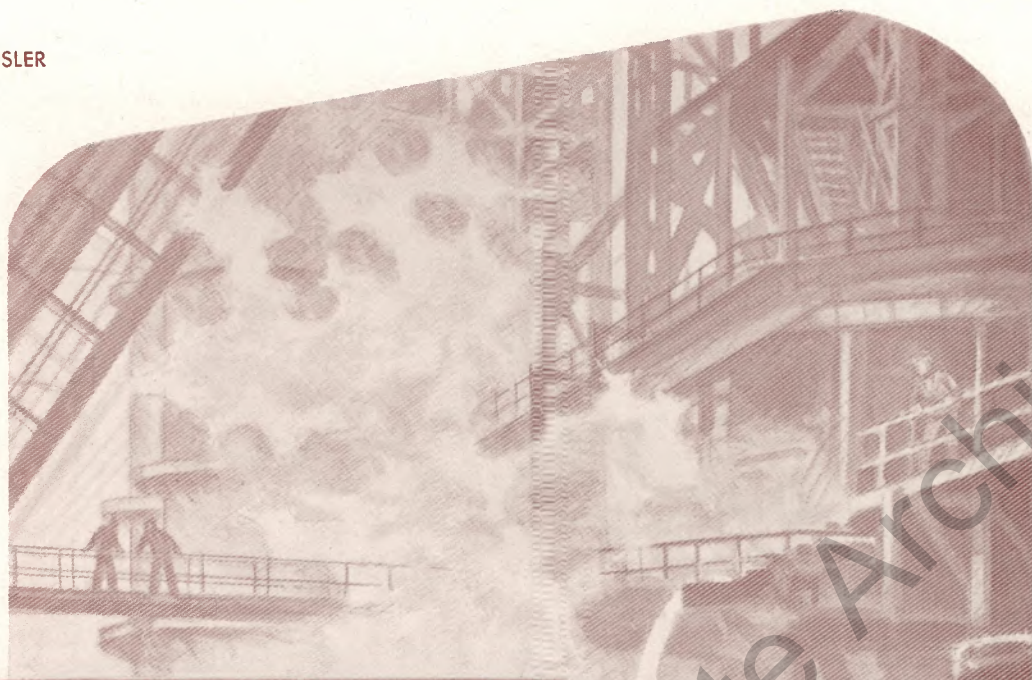
Verstand und Vernunft sind im Kopf angesiedelt, Ge- dächtnis aber besitzt mehr oder weniger der ganze Körper. Die Füße einer Tänzerin, die Finger eines Musikers oder Bildhauers haben in hohem Maße die Fähigkeit der Erinnerung.

Joubert

Die Fähigkeit des Menschen, als einziges Lebewesen Feuer machen zu können, hat ihm die Herrschaft über die Welt eingetragen.

Rivarol

GEISSLER



Verlangen Sie bitte unseren Katalog.

QUALITÄTS- U. EDELSTÄHLE
HALBZEUG
QUALITÄTS-STABSTAHL
AUTOMATENSTÄHLE
WALZDRAHT
SCHMIEDESTÜCKE
STABSTAHL
BETON-SONDERSTAHL
FORMSTAHL
OBERBAU
SPUNDWAND
BREITBAND
GROB-, MITTEL-, RIFFEL- UND
HANDELSFEINBLECHE
QUALITÄTSFEINBLECHE UND
ELEKTROBLECHE
KALTWALZWERKS-
ERZEUGNISSE
DRAHT UND
DRAHTERZEUGNISSE
GRUBENAUSBAU
THOMAS MEHL
ZEMENT

WESTFALENHÜTTE DORTMUND A.G.